



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 26.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 88.—
ganzzährig . . . 162.—
Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einleitung der
Retourkarten.
Ersteinst mit Ausnahme
des Monats täglich K 100.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfterem
Einschaltungen Preisnachsch.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 12. Oktober 1922.

Nr. 240.

Eine Kapuzinerpredigt.

Das deutschgeschriebene Regierungsblatt, die „Prager Presse“, hat kürzlich den deutschen bürgerlichen Parteien eine drei Spalten lange Predigt gehalten. Neben manchem Wahrem sagt das Blatt hierbei, wie es eben sein Beruf erheischt, auch viel Schiefes und es verfährt bei seinen Folgerungen nach dem pharisäischen Grundsatz, wohl die Fehler der andern zu sehen, nicht aber die eigenen. Wir haben keinen Zweifel darüber übrig gelassen, daß wir den in letzter Zeit bei den Deutschbürgerlichen in der Häufung von Kraftworten zutage tretenden Hyperradikalismus, ebenso wie das Spielen derer um Baaran und Jung mit „irredentistischen“ Gedankengängen für demagogisch und stänlos halten; ein anderes ist es, wenn das deutschgeschriebene Regierungsblatt daraus die Berechtigung ableitet, sich in der Rolle der Tugend zu Tische setzen zu können. Es steht dem Sprachrohr der tschechischen Machthaber schlecht an, zu tun, als hätten diese nie ein Wässerchen getrübt und als wären sie den heutigen deutschradikalen Befürwortern obstruktiver und irredentistischer Methoden niemals mit ähnlichem Beispiel vorangegangen. Die Tatsache, daß das Blatt zum Zwecke der Heuchelei aus Regierungsgeldern bezahlt wird, sollte es, wäre es wirklich auf das Wohl des Staates bedacht, nicht daran hindern, ernsthaft zu prüfen, inwiefern seine Auftrag- und Selbgeber selber daran schuld sind, daß die Politik der deutschnationalen Gajardeure in weiteren Kreisen der deutschen Bevölkerung zu Glanz und Ehre kommen konnte, und daß auch schon manche der Verständigen zugeneigte deutschbürgerliche Parlamentarier dieser Politik Konzeptionen zu machen sich bemüht fühlen.

Das Blatt sucht seinen Wig daran zu üben, daß es das Scheitern der deutschen Hoffnungen auf die Genfer Völkerverhandlung mit billigen Spottreden verhöhnt. Die Abweisung der Beschwerden der Minoritäten durch die Genfer Konferenz habe den Unmut der Deutschen in der Republik gesteigert, zu dem sie Grund zu besitzen „wähnen“. Das Regierungsorgan gibt darauf den Deutschen den Rat, die Hoffnung aufzugeben, durch Gewalt oder die Hilfe des Auslandes an ihrem Loos etwas ändern zu können. Sie mögen vielmehr die Ursache ihrer Enttäuschung in sich selber suchen und das eigene Gewissen erforschen. Diesem guten Rat fügt der predigende Regierungskapuziner die Behauptung hinzu, daß, wenn die Deutschen Ursache zur Klage über die ihnen vorenthalte Geltung und Stellung im Staate haben sollten, sie selber daran die Schuld trügen, da sie durch ihr Verhalten den ausgleichwilligsten Elementen der Gegenseite es erschwert hätten, ihren Ansprüchen in „weitest-möglichem Grade“ zu genügen. Wohlgerne: das Regierungsblatt spricht da schlechthin nur von den „Deutschen“ und nicht etwa bloß von einzelnen nationalistischen Parteien! Seiner, die Tatsachen fälschenden heuchlerischen Behauptung läßt es die weitere folgen, die deutschen Politiker hätten nie auch nur den Versuch unternommen, „durch Gesinnung und Tat bei den Tschechen freundliche Dispositionen zu erreichen“. Den Gipfel der Dreistigkeit erklimmt der Regierungschmod, indem er ruft: „Wo sind die Taten und Leistungen unserer Deutschen, welche für sie Fürsprache einlegten?“ Die „Prager Presse“ gibt also zu, daß die Deutschen im Staate Grund zur Unzufriedenheit haben, aber sie findet das im Auftrage ihrer Geldgeber ganz in der Ordnung, da die Deutschen sich etwa durch die Annahme der Gesinnungslosigkeit der „Prager Presse“ sich noch nicht das entsprechende Wohlverhaltenszeugnis ausgestellt haben. Erst müssen ihre Taten und Leistungen „Fürsprache“ für sie einlegen! Was hätten wohl die Tschechen im alten Oesterreich dazu gesagt, wenn man ihnen ähnliches gesagt hätte?! Kann man noch deutlicher zeigen, daß die Machthaber den Grundsatz vom Herren- und Sklavenvolk gern dauernd festgelegt sehen möchten: hier die einen, die durch „Gesinnung und Tat freundliche Dispositionen“ zu erreichen suchen müssen, dort die andern, die nach dem Grade der Bravheit der von ihnen Be-

Die Krise und die Schuld der Regierung.

Ein Protest der Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokraten gegen die verspätete Einberufung des Parlaments.

Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben in der heute abgehaltenen gemeinsamen Beratung über die wirtschaftliche und politische Situation in vollständiger Einigkeit das schwere Versäumnis festgestellt, das die Regierung durch die verspätete Einberufung des Parlaments begangen hat. Der Zusammentritt der beiden Häuser soll nicht vor dem 24. Oktober erfolgen. Seit Monaten hat eine furchtbare, kaum noch je dagewesene Krise Industrie und Handel erfasst, die hundertaufende Menschen im Staate zum ärgsten Hungerdasein verurteilt. Diese der Verzweiflung preisgegebenen Massen, wie die schaffenden Stände überhaupt, hat die Regierung auf schwerste enttäuscht und verbittert, da sie bisher alles unterlassen hat, was eine Milderung der Krise und eine Vinderung der sie begleitenden Not durch Belämpfung der Teuerung und Erweiterung des Schutzes der Opfer der Wirtschaftskrise bewirken könnte. Die frühere Regierung, für welche die jetzige Regierung keineswegs die Verantwortung ablehnen kann, da es im Wesen dieser Regierung bei Austausch einiger Minister ist, hat in einem „Aufruf an die Bürger“ die Einbringung einer Reihe von Gesetzeswürfen im Parlament und die Durchführung anderer Maßnahmen in Sachen der Teuerung, der Er-

leichterung der Produktion durch Ermäßigung der staatlichen Abgaben und der Fürsorge für die Arbeitslosen angekündigt. Weder die vorherige, noch die jetzige Regierung hat aber bisher nicht einmal an die Durchführung dieser mehr als beschriebenen Maßnahmen gedacht, sie haben vielmehr beide trotz der steigenden Not, trotz der von den Gewerkschaftszentralen und von hunderten Versammlungen in vielen Teilen des Staates erhobenen Forderung nach sofortiger Einberufung des Parlaments den Zeitpunkt seiner Tagung immer weiter hinausgeschoben. Es ist daher kaum zu erwarten, daß die Durchführung und Wirksamkeit der angekündigten Gesetze und Maßnahmen vor Ablauf von Monaten erfolgen kann.

Gen dieses Verhalten der Regierung, in dem nicht nur eine Brüstlerung des Willens vieler hundertaufender Menschen im Staate sowie deren parlamentarischer und gewerkschaftlicher Vertretungen erblickt werden muß, sondern vor allem auch eine Finanzsleppung der Krise in ihrer vollen Schärfe und des Elends der Arbeitslosen, erheben die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokraten scharfen Protest und sie machen die Regierung für alle Folgen ihrer Versäumnis in vollem Maße verantwortlich.

Der Abwehrkampf der Bergarbeiter.

Die geltrigen Verhandlungen ohne Ergebnis.

Prag, 11. Oktober. Die Verhandlungen wurden während des ganzen Tages bis in die späten Abendstunden geführt. Die Vertreter der Bergarbeiter schlugen 25 Prozent Lohnerniedrigung vor und gaben ihre Zustimmung zu r achstündigen Arbeitszeit am Samstag für die Oberschichtarbeiter. Die Verhandlungen wurden nicht beendet, weil ein Meinungsunterschied in der Frage der Verteilung der Arbeitszeit für sämtliche Oberschichtarbeiter entstand. Es handelt sich nämlich um einen Eingriff in die achstündige Arbeitszeit und um die Einführung einer ein- bis zweistündigen Pause innerhalb dieser Arbeitszeit. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten, daß sie nicht berechtigt sind, über dieses prinzipielle Verlangen, welches die Zustimmung der Arbeiter aller Reviere voraussetzt, zu entscheiden, und daß über diese Frage die Reichskonferenz zu beschließen hat. In der Verhandlung wird morgen nach der Reichskonferenz weiter fortgeführt werden, und zwar um vier Uhr nachmittags im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Wie ersichtlich ist, brachten die Vertreter der Arbeiter die äußersten Opfer für eine friedliche Lösung des Konfliktes. Wenn die Verhandlungen scheitern sollten, fällt die ganze Verantwortung auf die Unternehmer, welche in der Frage der Arbeitszeit auf dem Zusammenstandpunkte beharren, obzwar hiedurch eine Gesundung in der Kohlenindustrie nicht erreicht werden könnte.

Die Lage im Streikrevier.

Mähr.-Ostrow, 11. Oktober. Der dritte Tag des Bergarbeiterstreikes im hiesigen Revier verlief vollständig ruhig. Es kam zu keinerlei Ausschreitungen. In den Betrieben werden gemäß Beschluß des Streikausschusses nur die notwendigen Arbeiten verrichtet. Außer an die Krankenhäuser wird an niemanden Kohle abgegeben. Der Verkehr auf den hiesigen Landeslokalbahnen ist bisher noch nicht wieder aufgenommen worden,

und es besteht keine Hoffnung, daß sich die Situation bessert, da der Streikausschuss die Lieferung von Kohle abgelehnt hat.

Lohnkonflikt auch im Rössitzer Revier.

Auch im Rössitzer Revier sind Lohnstreitigkeiten zwischen den Bergarbeitern und den Bergbauunternehmern ausgebrochen. Die Betriebsrätekonferenz des Reviers, welche am 8. Oktober stattgefunden hat, hat beschlossen, die Entscheidung den vereinigten Bergarbeiterverbänden zu übertragen.

herrschen, Gnaden erteilen. Der Regierungschmod weiß die Sprache derer, die vordem das lebendige Recht des Volkes auf ihre Fahne geschrieben hatten, um es jetzt, im Besitze der Macht, mit Füßen zu treten, gut zu handhaben und würde ein Sondertrinkgeld für diese Leistung verdienen.

Den stärksten Trumppf glaubt das Regierungsblatt zur Rechtfertigung der bisher gegen die deutsche Bevölkerung geübten Gewalt- und Unterdrückungspolitik auszuspielen, indem es die im Jahre 1916 von den deutschbürgerlichen Parteien ausgearbeiteten „Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neu-

ordnung nach dem Kriege“ als Beweis anführt, daß die deutschen Politiker nach dem erwarteten Sieg der deutschen Waffen die Tschechen zu dauernder Subalternstellung herabzudrücken suchten, was durch den Ausfall des Krieges mißlang. Es war seit jehedem Bemühen aller Chauvinisten, die Rechtfertigung für ihr Verhalten in dem Verhalten der Chauvinisten der Gegenseite zu suchen. So wie die Deutschnationalen ihren Ueberradikalismus mit der Unterdrückungspolitik der Tschechnationalen zu begründen bestrebt sind, so tun es diese umgekehrt, indem sie aus den Archiven der Vergangenheit Dokumente

des ergebenen deutschen Nationalismus ausgraben. An solchen scheinbaren Rechtfertigungsgründen leidet natürlich, bei dem gewissenlosen Treiben der Chauvinisten beider Lager, keiner der streitenden Teile Mangel. Solange die Rechtsansprüche der einzelnen Nationen nicht geregelt sind, und die Möglichkeit der Unterdrückung der einen Nation durch die andere besteht, wird die Herrschsucht und der Egoismus der vorherrschenden Nation den beherrschten Völkern immer Grund zur Anklage geben. Seit dem Umsturz haben nur die Machtklassen gewechselt, das System der Bedrückung aber ist dasselbe geblieben. Wir wären die allerlehten, welche behaupten wollten, die deutschbürgerlichen Parteien hätten weiße Hände und es hätte ihnen je am guten Willen gefehlt, die anderen Völker zu unterdrücken. Aber waren diese Parteien nicht auch bestrebt, das eigene Volk, wenigstens die arbeitenden Klassen dieses Volkes niederzuhalten, zu knebeln und solange als es nur ging, sie ihrer Rechte zu berauben! Und was können die Herrschenden gegenüber den deutschen Sozialdemokraten, den Massen der deutschen Arbeiterklasse, anführen, die doch wahrlich andere Wege gingen als die Deutschbürgerlichen. Für die nationalistische Gewaltpolitik der Deutschradikalen und ihrer Gefolgschaft das deutsche Volk überhaupt verantwortlich machen wollen, ist eine sinnlose Torheit. Auch das tschechische und jedes andere Volk hat seine extrem nationalistischen Parteien, für deren Wünsche und Taten es mit Recht die Verantwortung ablehnt. Die Verung der „Prager Presse“ auf die R. S. Volk, Hummer, Wichtl und Dr. Seidler, vermag darum das in deren Fußstapfen einherwandernde tschechische Regime der Niederhaltung der anderen Nationen im allergeringsten moralisch gerechtfertigter, deren Rechtsansprüche um nichts weniger begründet erscheinen zu lassen.

Das Regierungsblatt beteuert wohl, die Vernunft verwehre es, Nebeneinander zu hegen, obwohl „angeseht dieser unauslöschlichen Tatsache“ man sich „nicht wundern könnte“, wenn der „begreifliche Groll an Entgelt dächte“. Schon diese Gedankenfolge läßt die Beteuerung als pure Heuchelei erscheinen. Das erweist auch das Verlangen, die Deutschen müßten erst in Sad und Asche Duffe tun und durch Gesinnung und Tat für sich Fürsprache einlegen. So liegen die Dinge doch nicht, und dieses Verlangen nach Demütigung ist nur die Bemäntelung der Weigerung, zu einer Verständigung zu gelangen. Es wird schon noch die Erkenntnis reifen, daß die Herbeiführung des nationalen Friedens ebenso im Interesse des Staates liegt, wie in jenem der deutschen Bevölkerung. Nur Böswilligkeit kann leugnen, daß auf deutscher Seite der Wille zur Verständigung fehlt. Das gilt mit Ausnahme der radikalen Schreier, die nach der Schaffung des Reichsbodens der kulturellen und sprachlichen Ansprüche der Deutschen aber bald zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken würden. Dagegen hat noch keine der bisherigen Regierungen bisher den kleinsten Schritt getan, um den nationalen Frieden vorzubereiten. Der bisherige Ministerpräsident Dr. Beneš, dem eine feile Presse das Epitheton eines Ausgleichsministers verliehen hatte, hat in seiner Programmklärung auch nicht ein Wort von der Notwendigkeit der Verständigung mit den anderen Nationen im Staate zu sagen gewagt und das Erbe, das sein Ministerium hinterläßt, zeichnet sich vor allem durch eine maßlose Verschärfung der nationalen Gegensätze aus. Auch die neue Regierung will in ihrem Programm, so weit es bisher bekannt geworden ist, keinen Raum für die Lösung des nationalen Problems finden, das in Wahrheit auch das politische Problem des Staates ist. Die Konföderierung der allnationalen Koalition um jeden Preis deutet vielmehr darauf hin, daß die Absicht besteht, dem Problem auszuweichen und es zumindest solange als nur irgend möglich hinauszuschieben. Das ist der Text, zu dem der Regierungschmod die Melodie macht. Einen anderen Zweck hat die Kapuzinerpredigt, die er den Deutschen hält, nicht.

Inland.

Dumm, dümmer, am dümmsten. Die Sozialistenbergschlinge „Deutsche Landpost“ hat sich durch ihre geradezu blende Haupteigenschaft bereits längst das Sprichwort erobert. Aber es imponiert uns, daß dieses Blatt immer weiter nach noch kräftigeren Beweisen seiner fast nicht mehr zu überbietenden Dummheit sucht. In der Mittwochnummer ist es ihr wieder glänzend gelungen. Der Leitartikel ist dem „Untergang des sozialistischen Gedankens“ gewidmet; es wird darin unter anderem die „rückläufige Bewegung der sozialistischen Werkstätten“ in den verschiedenen Ländern festgestellt — in England ist sie „am Ausbreiten“. Der Leitartikel schließt mit den Worten:

„Die Religion des Sozialismus ist aber auch auf dem Kontinent im Zusammenbruch. Das beweist das immer größere Abdrücken von den marxistischen Ideen.“

In dieselbe Nummer der „Landpost“ hat auch Herr Josef Fannausch einen Artikel geschrieben, der wahrscheinlich keine Ahnung davon hatte, daß der Leitartikel dem Sozialismus den Todesstoß versetzt hat. Und so kommt es denn, daß sich Herr Fannausch in derselben Nummer „über den finkischen Glauben dieser Artisselsteller“ lustig macht, die „mit dem Zusammenbruch der Sozialdemokratie rechnen“. Fannausch kann sich nicht genug über die anderen wundern, die da glauben, daß die Sozialdemokratie „dem Marxismus verfallen ist“, und nennt alle jene die auf ein „Verschwinden oder Aufgehen der sozialistischen Arbeitermassen“ hoffen, „unheilbare Optimisten“! — Vielleicht läßt sich der Leitartikel der „Landpost“ dies gesagt sein und faßelt nicht mehr vom Zusammenbruch des Sozialismus, damit ihm Fannausch nicht wieder in derselben Nummer, in der wir begraben werden, den Kopf waschen muß. Wir haben aber wenig Hoffnung, daß an der Dummheit dieses Blattes, dessen Schreiber einander gegenseitig ohreigen, überhaupt etwas „heilbar“ ist.

Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses. Wie wir erfahren, findet am Mittwoch, den 18. Oktober, eine Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses statt, die sich mit der Festsetzung des Zeitpunktes der Einberufung des Parlamentes und des Arbeitsprogrammes beschäftigen wird.

Dr. Brbenšty berichtigt im gestrigen Leitartikel des „Čeſke Slovo“ die speziell von der tschechischen Sozialdemokraten verbreitete Nachricht, daß innerhalb der tschechischen Sozialistenpartei ein kommunistischer Flügel bestehe. Vor allem bekämpft er den am 6. d. M. im „Bravo Lidu“ veröffentlichten Artikel „Alojaš und Stura“. Dort war behauptet worden, daß hinter dem Revolutionsprogramm aus dem Jahre 1918 die Majorität der tschechischen Sozialisten, eine Art Zentrum, stehe. Dagegen kämpfte die alte von Alojaš geführte Garde und die von Brbenšty geleitete kommunistische Gruppe. Dr. Brbenšty nennt die Annahme eines Zentrums, von dessen Existenz in seiner Partei keiner etwas wisse, eine politische Phantasie, und die ganze Kombination „mysteriös“. Zum Schluß erteilt er den tschechischen Sozialdemokraten den Rat, von derartigen Ungehörlichkeiten abzulassen. Denn die Spaltung, die ihnen in der eigenen Partei zu bewirklichen gelungen sei, würden sie bei den tschechischen Nationalsozialisten nicht erreichen. — Dr. Brbenšty hat sich zwar mit vielen Worten bemüht, den Sieg zu verkleiden, der in seiner Partei sehr stark zu merken ist. Aber überzeugend kann kein einziger seiner Sätze wirken. Vielmehr spürt man eine: das kramphafte Bemühen, es einem ihm von höherer Gewalt diktierten Willen recht zu machen. Offenbar ist die Zeit für eine klare Scheidung der nationalsozialistischen Geister nach außenhin noch nicht vollkommen reif.

Die Jaworinafrage soll, wie das gestrige Abendblatt der „Narodni Listy“ mitteilt, in dem Sinne erledigt worden sein, daß das strittige Gebiet der ganzen Jaworina dauernd der jugoslawischen Republik gesichert wurde.

Budgetkorrekturen. Bekanntlich haben die Verhandlungen der letzten Regierung, die sich auf das Budget des Jahres 1923 bezogen, damit geendet, daß das Defizit eine halbe Milliarde betrug. Wie nun die „Lid. Noviny“ erfahren, dringt die neue Regierung auf weitere Abstreichungen in den einzelnen Ressorts, damit das Budget ein vollkommenes Gleichgewicht aufweise.

Die tschechoslowakischen Schulden in Amerika. Nach einer Mitteilung des „Brazilsky Bedernik“ soll die Tschechoslowakei am Amerika 91 Millionen Dollars bezahlen. Darin sind folgende Posten enthalten: 61.974.000 für die Freiheitsanleihe, 20.612.000 für den Verkauf überschüssigen Materials, 6.428.000 für die Relief Administration (soziale Hilfe), 2.873.000 für Wehrverkauf. Mit den unbezahlten Zinsen beträgt die ganze Schuld an Amerika 104.685.000. An Zinsen sind angeblich 304 Millionen, vom Grundkapital ist nichts gezahlt worden. Das Blatt erklärt, daß außerdem 19 Staaten Amerika Geld schulden. Wenn alle ihre Schulden begleichen würden, erhielte jeder Einwohner der Vereinigten Staaten 100 Dollars. Angeblich werde Amerika vielleicht mit Ausnahme Englands keine der schuldigen Summen hereinbekommen. Die Aufforderung des „Brazilsky Bedernik“ an die Tschechoslowakei, sich diesen Richtzahlen anzuschließen, wird ganz deutlich.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Das Einbernehmen im Orient.

Die Alliierten haben sich auf ein Protokoll geeinigt, das Jsmid Pascha, dem Bevollmächtigten der Angora-Regierung, übergeben werden soll. In diesem Protokoll werden die Griechen verhalten, Thrazien innerhalb vierzehn Tagen zu räumen. Die Alliierten werden die Verwaltung übernehmen und sie mindestens dreißig Tage später in Ostthrazien an die Behörden von Angora übergeben. Letztere werden von Gendarmerie begleitet sein dürfen, die Alliierten werden mit ungefähr sieben Bataillonen Ostthrazien vorübergehend, und zwar durch längsten dreißig Tage, besetzen und sich dann mit ihren Truppen und Zivilorganen zurückziehen. Dafür verpflichtete die Alliierten, eine eng begrenzte neutrale Zone um Tschanal zu respektieren, bis sich die alliierten Truppen von dort zurückgezogen haben werden.

Aus den Bedingungen geht hervor, daß die Regierung von Angora sehr viel erlangt, Eng-

land hingegen fast alle seine Forderungen preisgegeben hat, denn auch die neutrale Zone soll bloß ein vorübergehendes Provisorium sein. Die „Konfäre“, mit welcher Lloyd George begann, ist zur „Schamade“ geworden, wesfen sich schadenfrohe Gemüter in Frankreich und England ehrlich freuen dürften. Immerhin hat Lloyd George das Allgütige getan, was er bei den obwaltenden Umständen tun konnte, jedes Versteifen auf die ursprünglichen Bedingungen hätte ihn nach außen und innen — denn sein Kriegsruf vor einem Monat ist ganz wirkungslos verhallt — noch peinlicher isoliert. Auch die Rücksicht auf die mohammedanischen Teile des englischen Imperiums, die er tödlicherweise so lange außer acht ließ, hat ihn endlich zum Einlenken genötigt. Daß er diesen seinen letzten Mißerfolg überstehen wird, ist kaum anzunehmen.

Konstantinopel, 10. Oktober. (Habas.) Das Abkommen von Mudania ist unterzeichnet worden.

In der letzten Sitzung in Mudania arbeiteten die Generale der Alliierten in vollem Einbernehmen. Das Protokoll über die Räumung Thraziens enthält 14 Artikel, welche gemäß den Instruktionen der Alliierten redigiert sind. Die die Ordnung in Thrazien sichernden Kontingente der Alliierten werden auf sieben Bataillone geschätzt und sollen innerhalb 30 Tagen dahin marschieren. Es ist möglich, daß die Frist nach der vollständigen Räumung Thraziens durch Griechenland abgeklärt werden wird. In dem Protokolle werden die Grenzen der neutralen Zone festgesetzt, welche Angora zu respektieren sich verpflichtet, und die durch gemischte Kommissionen bestimmt werden. Das Abkommen erlangt drei Tage nach der Unterfertigung Geltung.

Im Protokoll von Mudania wird festgelegt, daß die Griechen Thrazien in der Frist

von zwei Wochen räumen sollen. Die griechische Delegation erklärte die Vorschläge der Alliierten unter der Bedingung anzunehmen, daß die Frist für die Räumung Thraziens verlängert wird und daß an der Maritima die Grenzen vom Jahre 1918 beibehalten werden. Die versöhnliche Haltung der griechischen Delegierten machte allgemein einen günstigen Eindruck.

Gestern um 19 Uhr überreichten die Generale der Alliierten Jsmid Pascha den Wortlaut des in der vorhergegangenen Sitzung festgesetzten Protokolls. Jsmid Pascha versprach über dasselbe sofort Bericht an die Angoraregierung zu erstatten und eine unverzügliche Antwort zu fordern.

Endgültiger Thronverzicht des Sultans.

London, 11. Oktober. (Habas.) Wie die „Morning Post“ meldet, hat der Sultan seine definitive Abdankung bekanntgegeben, welche von der Großen Nationalversammlung in Angora angenommen wurde.

Ausland.

Die innere Krise in Südlatvien.

In Südlatvien sollen zwei eben nicht zärtliche Brüder, die Serben und Kroaten, an einem Strange ziehen; die Ideologie, die dies fordert, ähneln aufs Haar jener, welche die Einheit der Tschechen und Slowaken behauptet. Wie dieser letzteren Behauptung zuzugehen, ein Großteil der Slowaken die Autonomie fordert und von Prag so wenig als möglich wissen will, so sucht sich auch ein beträchtlicher Bruchteil der Kroaten der Bevormundung durch die Serben zu erwehren und das augenblickliche Regierungssystem zu Falle zu bringen. Nun dessen Repräsentant Pafšić in seiner Stellung arg erschüttert ist, wäre es für die serbischen Regierungsmänner ein Haupttreffer, wenn der Führer der kroatischen Opposition, der Republikaner Radić, einlenken wollte. Und wie denn der Wunsch so oft der Vater des Gedankens ist, verbreitete sich auch in den letzten Tagen in Belgrad die Nachricht, daß Radić seinen Frieden mit Regierung und Krone machen und fortan der Skupština bedingungslos als aktiver Mitarbeiter angehören wolle. Die Gerüchte verflüchtigen sich wieder, und die oppositionelle Presse dementiert sie ausdrücklich. Umso schwerer beginnen die Sorgen um die Zukunft der führenden Parteien zu drücken, wofür die Tagung der „demokratischen“ Partei, die soeben in Belgrad stattfindet, deutlich Zeugnis ablegt. Man weiß nicht recht: soll man Pafšić halten, der sich einer Revision der Verfassung widersetzt, oder soll man endlich energisch an die heikle kroatische Frage herantreten? Ein Redner rang sich zu der Erkenntnis durch, daß die „innere Lage nicht gut“ und daß die „Kroaten an den Staat nur mechanisch gebunden“ seien. Ein anderer Redner, der Parteiführer Davidović, verlangte ausdrücklich, daß nicht nur der „serbisch-mohammedanische Stamm“, sondern daß Serben und Kroaten gemeinsam „die innere Lage halten“ sollten — was wohl ohne eine Revision der Verfassung praktisch nicht durchzuführen ist. Dieser letzteren widersetzte sich wieder ein regierungsfreundlicher Kroate aus Dalmatien, der die kroatische Frage dahin zu bagatelisieren suchte, daß sie „sachlich nur in Beschwerden über Fehler der Administration bestehe, ohne Rücksicht, ob das Uebel von Serben oder Kroaten herrühre“. Mehr auseinandergehen können innerhalb einer Partei die Meinungen wirklich nicht, und dieser Wirrwarr läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß an eine Beruhigung der innerpolitischen Lage Südlatviens nicht zu denken ist. Wie bei uns, so ist auch dort die Krise eine latente, und sie wird nicht früher aufhören, als bis sich die Verfassung des Staates den tatsächlichen sozialen und nationalen Verhältnissen angepaßt haben wird. Die „Herrenvolk“-Ideologie rächt sich eben allerorts.

Die Faschisten als Italiens Diktatoren.

Nach Meldungen aus Rom hatte de Facta eine eingehende Besprechung mit dem Generalsekretär der Faschisten, der namens der Parteileitung die schleunigste Kammerauflösung und Neuwahlen verlangte. Facta trug die Angelegenheit dem Ministerrat vor, der beschloß, die Frage der Kammer vorzulegen und sie am Monatsende zusammenzubekommen. Wie frecher Hohn wirkt es, wenn der Generalsekretär der Faschisten, Bianchi, einem Pressevertreter erklärte, Facta sei dem Faschismus durchaus genehm, weil Facta durch seine politische Weisheit einen be-

waffneten Zusammenstoß des Faschismus mit den Staatsorganen zu verhindern gewußt habe. Uebrigens sei es völlig ausgeschlossen, daß jemals Faschisten auf das Militär schielen würden und umgekehrt. Offiziere und Soldaten wüßten, daß sie es nur den Faschisten verdanken, wenn sie nicht mehr von den Kommunisten verhöhnt, beleidigt und mißhandelt würden und unbehelligt auf den Eisenbahnen fahren könnten. Außerdem wisse das Militär, daß der Faschismus die Monarchie nicht anstafte. Der Generalsekretär schloß, wenn in der Kammer mit den Angriffen fortgefahren würde, so werden die faschistischen Abgeordneten den Saal verlassen und direkt an das Volk, d. h. an die faschistische Partei appellieren. Auch in Deutsch-Südtirol geht der Faschistenterror weiter. In Brigen wurden eine Anzahl deutscher Firmenschilder zertrümmert. Infolgedessen sind das Rathaus und die öffentlichen Gebäude militärisch bewacht. In Trient soll wieder Ruhe herrschen. Die Zivilbehörden haben die Gewalt wieder übernommen. Der von den Faschisten geordnete Rücktritt des Zivilkommissars für Südtirol, der seinen Demissionsantrag bereits überreicht hat, steht bevor. Aus allem sieht man, daß die Regierung abgedankt und Mussolini das Feld geräumt hat.

Die „Reformen“ in der Roten Armee.

Ende des Jahres 1921 gingen die Bolschewisten an die Reformen in der Organisation der Roten Armee heran, die nun abgeschlossen sind. Die Bolschewisten, die einstmals (vor dem Oktoberumsturz) laut die Notwendigkeit der Veränderung der Struktur der russischen Armee verließen, folgen jetzt blind dem Beispiel der imperialistischen Länder. Auch die reorganisierte „Arbeiter- und Bauernarmee“ unterscheidet sich durch nichts in ihrer Struktur von der früheren zaristischen und anderen imperialistischen Armeen. Mehr noch. Die Sowjet Herrschaft hat die allgemeine Militarisierung des ganzen Landes ins Leben gerufen, indem sie sogar die nicht in Kriegsdienst stehenden Bauern, Arbeiter und Intellektuellen den Kriegsgesetzen unterwarf. Der tatsächliche Leiter der Geschicke Rußlands, der die ganze innere und äußere Politik der Sowjetregierung leitet, ist nicht das Allrussische Zentrale Exekutiv-Komitee, nicht der Rat der Volkskommissare, sondern der berüchtigte „Rat der Arbeit und der Verteidigung“, dessen Bestand die äuerst linken Politiker der Russischen Kommunistischen Partei bilden. Die Rußland regierende Partei erklärt diese Maßnahmen durch die Notwendigkeit, die Macht des Proletariates zu stärken und in den Händen des „Rates der Arbeit und der Verteidigung“ alle Mittel des Landes zu vereinigen. Tatsächlich sind die Ursachen ganz andere. Nur bei dieser Militarisierung des Landes und der Unterwerfung der parteilosen Arbeiter unter die strenge Kriegsdisziplin können sich die Kommunisten ihre Macht erhalten. Die „Arbeiter- und Bauernarmee“ ist in allererster Linie für die Bolschewisten selbst notwendig, um Rußland zu regieren und die Arbeiter- und Bauernherrschaft vor den Arbeitern und Bauern zu schützen. Das ist das ganze Geheimnis des bolschewistischen Militarismus!

Verhaftung russischer Gewerkschaftsführer.

London, 11. Oktober. (Tsch. P. B.) „Times“ meldet aus Riga, daß auf Befehl des Obersten Sowjetgerichts hofes sämtliche Mitglieder des Zentralausschusses der allrussischen Gewerkschaften verhaftet worden sind.

Der Strafantrag gegen die Rathenau-Mörder.

Spindel und Betrüger als deutsche Seldem

Leipzig, 11. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Angeklagte Tilsenmann gibt auf Befragen an, daß er die Maschinenpistole im Mai dieses Jahres von Kern erhalten habe. Ueber die drei Persönlichkeiten, die am Sonntag zu Tilsenmann kamen und über die bisher nichts in Erfahrung gebracht werden konnte, machte der Angeklagte auch heute keine Angaben. Bei der hierauf fortgesetzten Vernehmung des

Zeugen Brütigam

bittet der Verteidiger Dr. Rutgebrunn, den Leiter der Irrenanstalt Rassel darüber zu vernehmen, daß Brütigam zwei Jahre interniert war und psychopathischer Sünder sei.

Brütigam gibt an, offiziell durch den Leutnant Hoffmann von der Organisation C angestellt worden zu sein, um die Linksorganisationen zu bespitzeln. Im Dienste der SPD. habe er nie gestanden. In Rassel habe er durch einen Parteifunktionär der SPD. Scheidemann zu warnen versucht. Nach dem Attentat habe er sich Scheidemann zur Verfügung gestellt. In der Folgezeit sei er herumgereist, wie es seine Spitzeltätigkeit verlangte. Von Tilsen habe er laufend über 10.000 Mark erhalten. Im Verlaufe eines Gespräches mit Tilsen habe sich dieser geäußert: Was würde geschehen, wenn Rathenau ermordet würde? Er habe erwidert, daß seiner Ansicht nach der Generalkrieg und der bewaffnete Aufstand ausbrechen würde. Er habe abgeraten und die Sache als aussichtslos hinstellt. Tilsen habe erwidert, dann bliebe ihm nichts anderes übrig, als Rathenau eine Kugel durch den Kopf zu schießen und sich eine ins Herz. Bei der Verlesung der Vorfragen Brütigams ergibt sich, daß er mehrmals wegen schwerer Diebstähle, wegen Betrug, Verleumdung, Unterschlagung usw. mit Gefängnis bestraft wurde. Von 1908—1911 war er in der Irrenanstalt. Nach einstimmigem Urteil seiner Arbeitgeber ist er ein unzuverlässiger, arbeitsscheuer Mensch.

Bei der Gegenüberstellung Brütigams mit Tilsen erklärt dieser, es sei ihm jetzt zweifelhaft, daß Brütigam mit einem ganz bestimmten Plan an ihn herangetreten sei. Er sei sich nur nicht klar darüber, ob er dazu von der „Frankfurter Volksstimme“ oder von den Franzosen beauftragt worden sei. Er habe gesagt, daß er von den Arbeitern wegen seiner antisemitischen Tätigkeit verfolgt würde und spielte im übrigen den wütenden Mann. Brütigam hat bei seiner ersten Vernehmung zugegeben, daß er als Spindel zu ihm (Tilsen) gekommen sei. Tilsen stellt die Angaben des Zeugen Brütigam als unwahr hin, muß jedoch die Bemerkung, „das ist mein Bruderchen, der Erbecker geküßt hat“, und dann ist es immer noch Zeit Rathenau zu erschließen“, zugeben. Es entspinnt sich eine scharfe Kontroverse zwischen Tilsen und Brütigam, der seine Behauptung aufrecht erhält.

Es folgt nun die Einbernahme von Zeugnissen. Das Gericht beschließt hierauf, den Zeugen Brütigam nicht zu verurteilen. Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Um halb 2 Uhr tritt eine halbstündige Pause ein.

Der Strafantrag.

Nach der Pause stellt der Oberreichsanwalt folgende Strafanträge: Gegen Ernst Werner Tschow wegen Mittäterschaft Todesstrafe, gegen Hans Tschow wegen Beihilfe 4 Jahre Gefängnis, und wegen Begünstigung 3 Monate Gefängnis, im ganzen 4 Jahre, 3 Monate Gefängnis als Jugendsünder. Gegen Günther wegen Beihilfe 6 Jahre Gefängnis, wegen Begünstigung 9 Monate Gefängnis, gleich 6 Monaten Ruchthum, zusammen 6 Jahre 3 Monate Gefängnis und 10 Jahre Ehrverlust. Gegen Salomon wegen Beihilfe 5 Jahre Gefängnis, gegen Warneke 4 Jahre Gefängnis, gegen Niebrig 5 Jahre Gefängnis, gegen Tilsenmann 4 Jahre Gefängnis und wegen Begünstigung weitere 9 Monate Gefängnis, sowie wegen unbefugten Waffenbesitzes 6 Monate Gefängnis, im ganzen 4 Jahre, 9 Monate Gefängnis. Weiter gegen die 4 letztgenannten 5 Jahre Ehrverlust. Gegen Schütz und Dieckel je 6 Monate Gefängnis wegen Begünstigung, dagegen Freisprechung wegen Beihilfe. Gegen Tilsen und Plas je 3 Jahre Gefängnis.

Bei Hof beantragt der Oberreichsanwalt die Freisprechung.

Der Oberreichsanwalt fährt aus: es handelt sich nicht um ein politisches Verbrechen, sondern um einen gemeinen Mord, wenn auch politische Motive hierbei eine Rolle gespielt haben; deswegen habe er Ehrenstrafen beantragt. Außerdem beantragt er die Einziehung der Maschinenpistole.

Die deutschen Demokraten für Ebert.

Berlin, 11. Oktober. (Tsch. P.) Auf dem deutsch-demokratischen Parteitag in Elberfeld sprach gestern der Vorsitzende Senator Peterken dem Reichspräsidenten den Dank der deutsch-demokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ebert wieder zum Reichspräsidenten gewählt werden wird. Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifallsturm hervor, der minutenlang andauerte.

Vor dem Urteilspruch im Rathenau-Mordprozeß.

Leipzig, 13. Oktober. Heute ging die Verhandlung zu Ende. Die Reden der Verteidigung und eine kurze Replik des Oberstaatsanwaltes schloß die Verhandlung ab. Meistens bewegten sie sich auf juristischem Gebiet und dem der Tatsachenbewertung aber zeitweise wurde auch das Politische gestreift. Kühn, ja fast verzweifelt war die Behauptung des Rechtsanwaltes Bloch, Tillesen habe dem Stern nicht den Befehl geben müssen, den Mord zu unterlassen und ihm dafür nicht das Ehrenwort abnehmen müssen, weil er bei der strengen militärischen Unterordnung, die in jenen Kreisen herrschte, überzeugt sein konnte, daß Kern auf sein Abreden hin die Tat unterlassen werde. Wie wenig sich Tillesen darauf verlassen konnte, zeigt ja die Mordtat selbst. Ebenso unglücklich operierte Bloch mit der Behauptung, der abgerufene Zustand, in dem schließlich die beiden Mörder nach ihrer Erschießung aufgefunden worden waren und die mangelhaften Vorbereitungen der Flucht beweisen, daß hinter ihnen keine Organisation stand. Der Oberstaatsanwalt konnte jedoch darauf hinweisen, daß der Prozeß, der am 24. gegen Stein und Dittrich stattfindet, ergeben wird, daß zwei neue Anzüge für

die Mörder bereit lagen, um ihnen die weitere Flucht zu ermöglichen. Ebenso konnte Dr. Ebermaier erklären, daß der jetzt als so harmlos hingestellte Tillesen in einem Briefe an seinen Bruder schrieb, er hätte große Lust, sich an einem Unternehmen zu beteiligen zur Befreiung der beiden Kriegsverbrecher Goldt und Diethmar, jener beiden Marineleutnants, die dann auch wirklich aus dem Gefängnis befreit wurden. Nicht verschmäht wird von den nationalen Verteidigern Bloch und Dr. Hahn, mit recht bedenkliehen Mitteln Stimmungsmache zu treiben. Bloch bittet das Gericht auch, durch seinen Spruch zur Versöhnung der Gegensätze beizutragen. Er sowohl wie Dr. Hahn suchen die edle Milde, mit der Rathenau über seine Feinde urteilte, und einen Trostbrief, den die Mutter des Ermordeten an die Mutter des Mörders Tschow sandte und worin sie ihm Verzeihung zusichert, wenn er bekennt und bereut, für ihre Zwecke auszubenten. Von den Angeklagten sprachen nur Ernst Tschow und Barnede ein paar Worte. Dann wird die Verkündung des Urteils für Sonnabend 12 Uhr evtl. 3 Uhr angesetzt.

über 80 bis einschließlich 176 Hektoliter K 470, über 25 bis einschließlich 80 Hektoliter K 480, für 1 Hektoliter Alkohol (100 Liter), Denaturierungsmittel und Kontrollgebühr eingerechnet. Für den Kleinverschleiß von allgemein denaturiertem Spiritus in Mengen von 25 Litern und darunter werden nachstehende Höchstpreise in Gültigkeit treten: beim Verlaufe von mindestens einem Liter K 5.50 pro Liter, beim Verlaufe von weniger als einem Liter, jedoch mindestens einem halben Liter K 2.80 für den halben Liter, beim Verlaufe von weniger als einem halben Liter K 1.50 für ein Viertelliter, ohne Gefäß. Desgleichen wird vom 1. November 1922 der Preis von steuerfreiem rektifiziertem Spiritus für gewerbliche Zwecke ebenfalls auf K 4.50 für ein Hektoliter Alkohol (100 Liter) bei Lieferung von mehr als 400 Hektoliter in einem Gebinde herabgesetzt werden. Bei geringeren Lieferungen erhöht sich dieser Preis entsprechend der oben angeführten Preiskategorie für allgemein denaturierten Spiritus.

Die Fremdenkontrolle in Bayern. Die bayerischen Behörden haben in der letzten Zeit die Fremdenkontrolle außerordentlich verschärft. Es finden sogenannte Straßenskontrollen statt, bei denen jeder Fremde nach seinem Ausweis gefragt und zur Polizei gebracht werden kann. Die Münchner Fremdenpolizei gibt bekannt, daß besonders Angehörige der Tschchoslowakei, die starke Aufkäufe vornehmen, im Falle der Feststellung mit einer Geldstrafe bis 1.000 Mark belegt und ausgewiesen werden.

Der Prozeß gegen die Scheidemann-Attentäter. Die Voruntersuchung gegen Diebstahl- und Vandalen, die beide im dringenden Verdacht der Beteiligung an dem Blausäure-Attentat auf Scheidemann verhaftet wurden, ist bisher noch nicht abgeschlossen worden. Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat mit der Führung der Ermittlungen den Untersuchungsrichter beim Landgericht Maffel beauftragt. Doch ist bei dem jetzigen Stand der Untersuchung noch nicht abzusehen, wann der Scheidemann-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung kommen wird. Bekanntlich schwebt in dieser Sache auch gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Tillesen, der sich jetzt in dem Rathenau-Prozeß zu verantworten hat, ebenfalls eine Voruntersuchung.

Ueber die Gemeinde- und die öffentlich zugänglichen Bücherreien und Veschaffen in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1920 veröffentlicht das Statistische Staatsamt zahlreiche Daten in der schon erschienenen Dreizehnten 44-46 seiner „Mitteilungen“. Die Daten sind, da von 11.360 Gemeinden 2292 keine Berichte eingeleitet wurden, unvollständig, immerhin sind die Resultate sehr interessant, wie aus Nachfolgendem ersichtlich ist. Im erwähnten Jahre waren 3343 Buchereien in Tätigkeit (2885 tschechische und 458 deutsche), von welchen 1951 den Gemeinden, die übrigen Vereinen (darunter 433 ohne Gemeindeunterstützung) angehören. Von den 3343 Buchereien haben 2510 Buchereien die Bücher unentgeltlich geliehen. Veschaffen waren 292 (hier von 39 deutsche) mit 7265 angelegten Zeitungen und Zeitschriften. Zu Beginn des Jahres 1920 zählten die Buchereien im ganzen 1.327.853 Bände (hier von 224.079 deutsche), zu Ende des Jahres 1920 1.614.558 Bände (hier von 282.255 deutsche). Von dieser Anzahl waren 1.211.528 Bände unterhalten, 292.287 belehrenden Inhaltes 87.224 Zeitschriften, 45.033 Jugendbücher und 8.486 Musikalien, Landkarten und Bilder. Zu Ende des Jahres hatten die Buchereien 310.880 eingeschriebene Leser (hier von 69.079 deutsche). Die Anzahl der erzielten Entlehnungen betrug im Jahre 1920 3.180.509 (hier von 668.531 deutsche). Durchschnittlich entfielen auf einen tschechischen Leser jährlich 10.39, auf einen deutschen 9.68 Entlehnungen. Das Gesamteinkommen der Buchereien (Gemeindebeiträge, Subventionen, Leihgebühren usw.) betrug 3.158.089 Kronen (darunter deutsche 437.148 K); faktische Ausgaben im ganzen 3.069.140 K (darunter deutsche 490.285 K); von diesen Ausgaben entfielen auf Bücher, Zeitschriften und Musikalien 1.074.700 K (darunter deutsche 187.815 K).

Ein Feuergefecht zwischen Zigeunern und Scherenschleifern fand am Dienstag in der Nähe von Dobrzau statt. Die Angehörigen der Zigeunerbande Rudika und Janiel gerieten

Brutale bolschewistische Verfolgungssucht macht auch vor den Errungenschaften der Wissenschaft nicht halt: Wie bekannt, ersetzt jetzt der Beton immer mehr die Ziegel. Um ihn für Bauten in großen Mengen transportfähig herzustellen, errichtete man noch im Krieg ein Walzwerk für Betonträger, Rohre, usw., das aber mit wenig Erfolg arbeitete, weil die Rohre wenig Druck aushielten, denn man verwendete beim Mischen inausorientiertes Material, in dessen Poren der Beton zum raschen Verfall des Materials beitrug.

Auch über eine neue Erfindung auf technischem Gebiete weiß der „Bericht“ aus Wöllersdorf zu berichten:

Ingenieur Rudolf Baron Custadio, der anno 1916 am Plateau von Lavarone die Seilbahnen baute und unter den Augen Seiner Majestät in Betrieb setzte, hat eine Verbesserung erfunden, die die Betonröhre haltbarer macht als Eisen und die Custadio'schen Röhren fanden eine derartige Verbreitung und wurden so beliebt, daß unter seiner Leitung neuer eine hochmoderne Anlage mit riesiger Leistungsfähigkeit gebaut werden sollte, die zur Hebung unserer Voluta in allen Ländern der Welt beitragen hätte. Doch gewaltige Aufträge selbst aus Japan, Chile und Brasilien vor. Aber die roten Verbrecher wollten es anders. Man erfuhr, daß der wacker, verdienstvolle Mann Kaiserreich gestürzt sei, man durchschüttelte sein Familienleben, man bespitzelte glücklich herauf, daß in seiner Wohnung in Willendorf die Bilder der allerhöchsten Familie hingen, es wurde förmlich Gerücht über ihn gehalten, dem der berüchtigte jüdische Heber Goldman „präsierte“ und unter wüstem Terror wurde er hinausgeekelt. Er wanderte aus und die Früchte der genialen Arbeit eines edlen Legitimisten sind für unser Land verloren. Das Terroristengeschmeiß jubelt und höhnt, so lange bis auch sie der Wurm der roten Fäulnis zerfressen und die Empörung des arbeitenden Volkes sie zerfressen wird.

Und da der „Redakteur“ der „Staatswehr“ noch immer nicht darauf gekommen war, daß er einen fabelhaften Grubenhund eingekauft hat, so brachte er in der nächsten Nummer seines Blattes ein Gedicht, das ihm eine „Baronin Sylvia Conti“ mit dem Hinweis auf den Liebreiz des initialen Rhythmus eingeschickt hatte. Das Gedicht lautet:

Sei Dir, Du Rutter aller Gnaden,
Es lächle ewig Ihm Dein Licht,
Und neige gnädig mild Dein Angesicht.
Ohn' Sorge wandle er auf seinen Pfaden,
Cypriden rauchen um das Schloß, das alte,
Sibiskus murmelnd uns das traulich hehre Lied,
Sein Lied — von Habsburg und vom Gott erhalte.

Sibiskus heißt zu Deutsch — Sibischtee und die Initialen (Anfangsbuchstaben) der Verse geben das schöne Wort — S e u o c h s. Soll das etwa eine Anspielung auf den Herrn Redakteur der „Staatswehr“ sein?

Kleine Chronik.

Brand eines Dampfers auf hoher See.

San Francisco, 12. Oktober. Der einer Schiffahrtsgesellschaft in Los Angeles gehörende vormals deutsche Dampfer „Honolulu“ ist auf der Höhe von Los Angeles in Brand geraten. Die 300 an Bord befindlichen Passagiere haben sich in die Rettungsboote begeben. Ein Dampfer ist nach der Unglücksstelle unterwegs.

Anderthalb Millionen Menschen obdachlos. Nach der ungeheuren Ueberschwemmung in Nordben-galien sind etwa anderthalb Millionen Menschen obdachlos geworden. Die vom Wasser überflutete Fläche beträgt mehr als 1500 Quadratkilometer. Bisher sind nur wenige Menschenopfer zu beklagen. Dagegen stifteten sich Tausende aus der jetzt von Hunger und Not bedrohten Zone. Die britische Regierung hat große Hilfsaktionen eingeleitet.

Ein Prozeß, der 35 Jahre dauert. Die Insaresser „Aurora“ berichtet aus Galag: Samstag, den 7. d. M. soll beim Oberlandesgerichte als Berufungsgericht in Galag das Urteil im Prozeße Manba Fre-Doicesku gefällt werden. Dieser Prozeß, in welchem ungefähr 45 Erben das von Manba Fre-Doicesku hinterlassene Vermögen von über 100 Millionen Lei für sich in Anspruch nehmen, dauert über 35 Jahre, ohne daß man wegen der sozialen und politischen Stellung der (betroffenen) Partei, welche das Vermögen in Händen hat, zu einem Urteil kommen konnte. Die in diesem Prozeße begünstigte Partei, soll, wie die Galager Presse berichtet, der Generalsstaatsanwalt des obersten Gerichtshofes Procopescu sein, welcher der hauptsächlichste Vertreter der in Anspruch genommenen Erbschaft ist.

Ein Denkmal für verschüttete Bergleute. Für die am 21. Mai 1921 durch Wassereintrich getöteten 16 Bergleute, die noch immer im Farschach liegen und bisher nicht geborgen werden konnten, wird jetzt in Neufelsberg ein Denkmal errichtet.

Todesopfer durch Alkoholvergiftung. Infolge des Gemisses von Methyloalkohol fanden in den Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr 1922 180 Personen den Tod; 22 Personen erblindeten nach dem Genuß dieses schlimmen Erbschnitts. Besonders viele Todesfälle erfolgten in den ersten zwölf Tagen des Jahres, als nicht weniger als 103 Methyloalkohol Silberster und Neujahrstag gefeiert hatten, starben. Sehr besonderes Recht erhalten diese Zahlen durch Vergleich mit den Berichten aus Jahren vor Einführung des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten; so kamen z. B. im Staate New York vor dem Jahre 1919 alljährlich nur drei bis vier Methyloalkoholvergiftungen vor, in den drei Jahren, seit Beginn der Prohibition aber über 80 solcher Fälle mit tödlichem Ausgang.

Die Fetter-Feyer in Prag. Unter zahlreicher Beteiligung fand gestern auf der Sophtieninsel die von den tschechischen und deutschen Freidenker-gemeinden veranstaltete Trauerfeier für Francisco Fetter statt. Nach Worten der Begrüßung wurde in feierlicher Weise der Abend durch ein Orgelkonzert eingeleitet, das die Versammlung stehend anhörte. Als Hauptredner des Abends sprachen in tschechischer Sprache Prof. Dr. Kunstobny und in deutscher Sprache Genosse Nies. In warmen Worten gedachten sie des Mannes, der, hervorgegangen aus dem schwärzesten Winkel Europas, mit dem Einsatz seines Lebens für die neue, die freie Schule gekämpft hatte. Sie besahen sich eingehend mit dem Leben und den Leiden dieses aufrechten Märtyrers einer reinen und sittlichen Idee, betonten aber, daß den Anhängern der neuen Schule, daß wahren Fortschrittsfreunden die Höhenanbetung ein Grauel sei, daß sie darum in dem Manne nur die Idee verehrten und daß ihnen seine Ermordung durch die spanischen Gerichte nur Ansporn sei zu unentwegtem Ausharren in einer Zeit, die uns wohl die politische, aber noch lange nicht die sittliche und geistige Freiheit, noch lange nicht die wahre Demokratie gebracht hat. Abg. Bartoulet unterzog dann die gegenwärtigen Verhältnisse hierzulande einer scharfen Kritik und hob insbesondere die Drohung der Presse hervor. Die Reihe der Vorträge schloß jener Mann, den schon zwölf Jahre vorher an der gleichen Stelle für die Freiheit des Wortes und der Idee, für eine neue, passivlose auf Weltbürgertum eingestellte Schule geworden hatte und dafür von einem Schandgericht beinahe in den Kerker geworfen worden wäre: Wilhelm Börner. Mit lebhaftem Beifall begrüßte schilderte er Fetter als den parteilosen Kämpfer für eine geistige und sittliche Erneuerung. Lebhafter Beifall erscholl, als er erklärte, daß man wohl den einzelnen Kämpfer, nimmer aber die Idee aus der Welt schaffen könne. Eine im Sinne der gehaltenen Reden beschlossene Resolution fand einstimmige Annahme. — Zahlreiche Vertreter parlamentarischer Körperschaften wohnten der würdigen Feier bei. Auch unsere Abgeordneten waren durch Genossen Deutsch und der Klub unserer Senatoren durch Genossen Prof. Wiedowah vertreten.

Ein Hochberrät der „Prager Presse“. Im gestrigen Leitartikel der „Prager Presse“, den Professor Mojs Musil geschrieben hat, steht der folgende Satz zu lesen: „Der Weg zum Frieden mit der Türkei ist nicht nur bornig, auch blutig. Hätte man den Türken im Frühjahr 1919 nur die Hälfte von dem angeboten, was man ihnen heute gibt, so hätten nicht nur die Türken, sondern die ganze muslimische Welt die Großherzigkeit der Westmächte mit Jubel begrüßt, und der Weltfrieden wäre mindestens in Afrika und Asien fester geworden.“ — Welch hochverräterische Ketzerei, solche „Hätte man...“ Erwägungen in den frommen Lehren der „Prager Presse“ zu wackeln! Wie leicht könnte der eine oder der andere, dem die Letztüre des Blattes noch nicht ganz verstanden und Anstandsgefühl gerührt hat, den Musilischen Satz folgendermaßen fortsetzen: „Hätte man den Deutschen im Frühjahr 1919 nicht die Aehle zugeschnürt, so würde jetzt der Verfall des Reiches nicht das Leben der ganzen Welt erschüttern.“ Oder: „Hätte man im Frühjahr 1919 Oesterreich nicht zum lebensunfähigen Sklaven gemacht, so brauchte es jetzt nicht der Sklave Europas zu werden.“ Oder: „Hätte man im Frühjahr 1919 nicht das Verbrechen der Friedensverträge begangen, könnten wir uns alle schon von den ärgsten Kriegsfolgen erholt haben. Aber dann, schrecklich zu denken, gab's auch nicht die Tschchoslowakei in ihrer gegenwärtigen Uniform!“ Also müßte ein mit Logik begabter Leser den von der freitägigen „Prager Presse“ angelegten Gedankenengang fortsetzen, und da soll einer sagen, daß das Blatt nicht ein hochverräterisches und revolutionäres Organ ist!

Beschlüsse für die Schaffung Großpilsens. Gestern wurde die Abstimmung der Gemeindevertretungen in der Umgebung von Pilsen über die Anträge auf Gründung von Großpilsen beendet. Die Gemeindevertretungen von Pilsen, Bolevec, Boztow, Dobravec, Doudlewitz, Loky und Skornian haben sich durchwegs positiv für die Verschmelzung, und zwar mit 177 gegen 27 Stimmen ausgesprochen. Für die Verschmelzung dieser Gemeinden in eine Katastralgemeinde unter der Benennung „Stadt Pilsen“ sprachen sich auch die Finanzkommissionen aller genannten Gemeinden aus und billigten die finanziellen Richtlinien für die gemeinsame Wirtschaft sowie die Unifikation des Eigentums aller verschmolzenen Gemeinden. Das Gebiet von Großpilsen wird ein Ausmaß von 6084 Hektar mit 112.915 Einwohnern haben. Die Steuergrundlage im Jahre 1921 betrug bei den Nachbargemeinden 328.903.03, bei der Stadt Pilsen 3.978.647.12 Kronen. Die Schuldensumme aller verbundenen Gemeinden betrug im gleichen Jahre 123 Millionen 898.616.08 und das Vermögen 183 Millionen 901.680.31 Kronen, so daß die Mißverhältnisse verschmolzenen Gemeinden 60.003.064.23 Kronen betragen.

Ermäßigung der Preise für denaturierten und gewerblichen Spiritus. Der Antrag auf Herabsetzung der Preise für denaturierten und gewerblichen Spiritus, der vom Interministeriellen Komitee für die Liquidation der Tschchoslowakischen Spirituskommission dem Finanzministerium gestellt wurde, ist vom Ministerrate am 12. d. M. genehmigt worden. Wird Gültigkeit vom 1. November 1922 mit der Verkaufspreis des mit allgemeinem Denaturierungsmittel denaturierten Spiritus (Vrennspritus) betragen: bei einer Gesamtlieferung von mehr als 400 Hektoliter K 450—, bei Lieferung von mehr als 176 Hektoliter bis einschließlich 400 Hektoliter K 465,

Provinz behandelt; Industrie und Landwirtschaft gehen zugrunde, während alle vorhandenen Güter nach Russland ausgeführt werden. Der Hauptantrieb zur Eroberung Georgiens ist in dem „Rapthia-Komunisten“ der Moskauer Gewalthaber, das heißt in ihrem Bestreben zu suchen ist, Georgien als Durchgangsland zu den Delquellen von Baku in die Hand zu bekommen, um besto ungestörter diese natürlichen Reichtümer an das internationale Kapital verschachern zu können.

Die kommunistischen Befürworter der Unterdrückung Georgiens behaupten jedoch, daß die demokratische Republik vom Proletariat selbst gestützt worden sei und daß nach Verjagung der „berräterischen“ Menschewisten die Sowjetrepublik Georgiens proklamiert wurde. Aber diesem Schwundel wird nun von kommunistischer Seite selbst ein Ende gemacht. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens veröffentlicht einen Geheimbericht des georgischen Kommunistenführers Philipp Macharadse an das russische Zentralkomitee vom 6. Dezember 1921, in dem dieser klipp und klar feststellt, daß die georgischen Kommunisten von dem Anmarsch der sowjetrussischen Truppen keine Abnung hatten und daß die Errichtung der „Sowjetrepublik“ Georgiens einzig und allein das Werk der Moskauer Eroberer war. Bei Beginn des Anmarsches der roten Truppen war keine Parteizelle und kein Parteimitglied in Georgien über die Absichten und Ziele der Offensive informiert und wußte etwas von ihr. Der Einmarsch der roten Armee in Georgien und die Proklamierung der Sowjetgewalt nahmen den offensivsten Charakter einer äußeren Eroberung an, so daß zu dieser Zeit niemand an die Organisation eines inneren Aufstandes dachte.

Es versteht sich von selbst, daß die auf diese Weise geschaffene Gewalt der georgischen Kommunisten sich als Fiktion erwieis. Die reale Gewalt ruht in den Händen des kaukasischen Bureaus des russischen Zentralkomitees und des Militärates der 11. Armee, die, nach den Worten Macharadses, „alle politischen Fragen Georgiens ohne Wissen des georgischen Zentralkomitees und des Revolutionskomitees Georgiens entscheiden.“ Es herrscht also, wie von kommunistischer Seite bestätigt wird, in diesem unglücklichen Lande ein System der brutalsten, schamlosesten Okkupation, das sich selbst über die Interessen der örtlichen Kommunisten hinwegsetzt. Die georgische rote Armee wurde willkürlich aufgelöst, ohne daß die georgischen Kommunisten dazu ihre Einwilligung gaben. Der von Moskau aus bestellte Leiter der Militär- und Marinekräfte Blawia hat völlig Bankrott gemacht. Sein Nachfolger Agniaschwili und eine außerordentliche Untersuchungskommission haben festgestellt, daß Blawia „hundert von Millionen verschleudert und statt einer roten Armee eine Bande von Räubern und Spekulanten geschaffen habe, die aus früheren Konterrevolutionären, Offizieren, Fürsten und Adligen besteht, die jetzt zu Tausenden und Hunderten von Agniaschwili eingekauft und erschossen werden.“ Am Schluß seiner Anklage fordert Macharadse sofortige Maßnahmen, die dem Absolutismus der russischen kommunistischen Machthaber in Georgien ein Ende setzen und den georgischen Kommunisten die Möglichkeit geben, an der Verwaltung und Regierung des Landes entsprechend mitzuarbeiten. Uebersichtlich zu sagen, daß die Anklagen und Vorschläge des georgischen Kommunistenführers auf dem Papier bleiben werden. Die Russifizierungspolitik Moskaus in Georgien ist ein ebenso untrennbarer Bestandteil der imperialistischen Außenpolitik der Sowjetregierung, wie die Vergewaltigung des georgischen Volkes und die Vernichtung der georgischen Arbeiterbewegung ein Glied der inneren Terrorpolitik ist.

Der Kampf in Mähr.-Ostrau.

Mähr.-Ostrau, 13. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die Bergarbeiterkonferenz hielt heute Beratungen ab, an denen sich 120 Delegierte der Streikauerschüsse aller hiesigen Beriebs und Koffereien beteiligten. Die Sekretäre BiMa und Liza erstatteten Bericht über die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag. Der Obmann des Revierstreikauerschusses Raduša erstattete Bericht über die Begebenheiten im Reviere. In der Debatte über diese Referate erstatteten die Mitglieder der lokalen Streikauerschüsse umfangreiche Berichte aus ihren Betrieben. Außerdem entschied die Konferenz über die weiteren Besuche um Kohlenzuteilung, die insgesamt abgelehnt wurden.

Mähr.-Ostrau, 13. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der heutige Tag brachte nichts Neues. Infolge des Streiks wurde die Arbeit in einigen Betrieben wie z. B. in der Waggonfabrik in Freistadt und in der Papierfabrik Reimann in Mähr.-Ostrau eingestellt. Sonst überall Ruhe.

Mähr.-Ostrau, 13. Oktober. (Tsch. P.-B.) Die heutigen Verhandlungen über den neuen Arbeits- und Lohnvertrag in der Metallindustrie dauerten von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends und führten trotz zahlreicher Vermittlungsvorschläge von beiden Seiten nicht zum Ziele. Die Arbeitgeber verharren auf einer 30prozentigen durchschnittlichen Lohnüberhebung und fordern die Entschneidung der Organisationen der Metallarbeiter und Chemiker bis Mittwoch, den 18. Oktober.

Telegramme.

Das Programm der bayerischen Reaktion.

München, 13. Oktober. (Tsch. P.) Die bayerische Volkspartei, die größte und bestimmende bayerische Regierungspartei, veröffentlicht zum Wiederbeginn der Herbstsession im bayerischen Landtage ein neues Verfassungs- und Aktionsprogramm. Dieses verlangt u. a.: die Rückkehr zur bundesstaatlichen Form des Reiches; Schaffung eines besonderen deutschen Bundesstaates nach altem Muster; Anerkennung des Rechtes der Einzelstaaten, im Rahmen der Reichseinheit ihre Verfassung und Staatsform nach dem freien Willen des eigenen Volkes zu regeln; Wiederherstellung der vollen Verwaltungsfreiheit der Einzelstaaten; Sicherstellung der eigenen Steuerhoheit; Anerkennung des Rechtes der Einzelstaaten, mit auswärtigen Staaten im Rahmen der Reichspolitik Verträge über ihre wirtschaftlichen und kulturellen Belange abzuschließen und Vertreter im Auslande zu bestellen. Schon vor einer Aenderung der Reichsverfassung in diesem Sinn verlangt die bayerische Volkspartei bereits jetzt die Bildung von neuen Einzelstaaten im Reiche. Zu jedem Reichsgesetze müssen die Einzelstaaten ihre Zustimmung geben. Neue Eingriffe des Reiches in den Besitz der Länder sowie in ihre Rechte, Bodenschätze und Naturkräfte sind abzulehnen. Die Länder müßten das Recht haben, über die bewaffnete Macht zu verfügen und unbehindert verfassungsmäßige Rechte außer Kraft zu setzen. Die Regelung des Schulwesens soll durch die Länder erfolgen. Die Verwirklichung dieses neuen Programms der Bayerischen Volkspartei würde bedeuten, daß im Rahmen der republikanischen Reichsverfassung eine selbständige Monarchie möglich wäre. Aus diesen Gründen erklärt die Bayerische Volkspartei offiziell, daß sie keineswegs für den Präsidenten Ebert als Reichspräsidenten eintreten könne. Ebert sei mit dem Mafel der Novemberrevolution behaftet, die zum republikanischen Einheitsstaate führte.

Am Ebert.

Berlin, 13. Oktober. Der Vorstand der deutschen Volkspartei faßte heute den Beschluß, im Reichstage für die Verschiebung der Wahl des Reichspräsidenten bis zum nächsten Jahre einzutreten. Am Nachmittag waren die Führer dieser Partei beim Reichskanzler, um auf ihn in diesem Sinne einzuwirken. Es ist ganz klar, daß die deutsche Volkspartei durch ihr Vorgehen vor allem das Eine bezweckt, in die Regierungskoalition aufgenommen zu werden. Um zu diesem Ziele zu gelangen, läßt sie jetzt die Drohung veröffentlicht, sie werde die beiden bürgerlichen Parteien der Koalition dazu zu gewinnen suchen, eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur aufzustellen; auf keinen Fall könne sie für den jetzigen Reichspräsidenten stimmen. Der Reichskanzler hält demgegenüber an seinem Standpunkt fest, daß die Regierungspartei auf ihrer gemeinsamen Kandidatur Genossen Ebert wieder aufzustellen habe und daß Ebert auch der Kandidat des zu bildenden überparteilichen Ausschusses sein soll.

Im Widerspruch mit der jetzigen Haltung der deutschen Volkspartei steht die Tatsache, daß sie bisher ununterbrochen nach der Vornahme der Präsidentenwahl verlangt hatte. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor der Auffassung, daß die Neuwahl am 23. Dezember vorgenommen werden solle. Sie wird diese Stellungnahme auch in der am Montag stattfindenden Besprechung der Parteiführer vertreten, an der auch die deutsche Volkspartei und bayerische Volkspartei beteiligt sein wird.

Am Sonntag treten die Vertreter der Demokraten, der Volkspartei und des Zentrums zusammen, um im Reichstage gegenüber der geeinigten Sozialdemokratie eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Es war schon für heute eine Sitzung anberaumt worden, jedoch konnten sich die Herren über wichtige prinzipielle Punkte nicht schließig werden. Infolgedessen mußte die Sitzung wieder abgefragt werden.

Schärfere Blitze!

Berlin, 13. Oktober. Die Verordnung der Regierung gegen den Devisenhandel hat bisher noch keine Wirkung gehabt. Nach einer kurzen Beruhigung der Börse sind die Devisenkurse wieder in die Höhe gegangen. Die Börsenblätter teilen übereinstimmend mit, daß in den beteiligten Kreisen ein Gefühl der Erschütterung eingetreten sei, nachdem der Wortlaut der Verordnung bekanntgeworden war. Man glaubt noch nicht daran, daß durch die bisherigen Maßnahmen der Devisenspekulation ein Ende gemacht werden könnte. Die Regierung und der Reichstag müssen also, wie es die Sozialdemokraten fordern, schärfere Mittel anwenden.

Berlin, 13. Oktober. Das Reichskabinett tritt heute nachmittags zur Beratung weiterer Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung der Mark führen sollen, zusammen. Besprochen wurde u. a. der Plan der Währungsanleihe. Auch die Idee der Goldanleihe kam zur Rede. Die Verhandlungen wurden nicht abgeschlossen und sollen in den allernächsten Tagen fortgesetzt werden. Ueber das bisherige Ereignis der Beratung herrscht in Regierungskreisen strengstes Stillschweigen.

Der deutsche Reichsrat für Erhöhung der Getreideumlagen.

Berlin, 12. Oktober. (Wolff.) Der Reichsrat hat in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers Feßler ohne Erörterung mit 47 gegen 13 Stimmen die Vorlage angenommen, welche die Preise für das erste Drittel der Getreideumlage erheblich erhöht.

Der österreichische Parteitag.

Wien, 13. Oktober (Eigenbericht). Der sozialdemokratische Parteitag wird morgen früh im Favoriener Arbeiterheim eröffnet. Er wird sofort in die Beratung der politischen und wirtschaftlichen Lage eintreten und die Berichte der Parteinstanzen erst am Sonntag verhandeln. Es sind bisher 512 Delegierte angemeldet, also mehr, als auf irgend einem Parteitag. Von ausländischen Bruderparteien sind angemeldet: Für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik Cermak und Dr. Czoch, von der vereinigten Sozialdemokratie Deutschlands Crispian, von der parlamentarischen Fraktion der englischen Arbeiterpartei Spoor und von der französischen Sozialdemokratie Bracke.

Die scharfe Opposition der österreichischen Sozialdemokraten.

Wien, 13. Oktober. Der zur Durchberatung der Genfer Konvention eingesetzte Sonderausschuß hat sich heute konstituiert und den Präsidenten des Nationalrates Dr. Weiskirchner zum Vorsitzenden gewählt. Die zwei anderen Präsidenten des Nationalrates wurden zu Stellvertretern bestellt. Der sozialdemokratische Präsident Seig hat diese Wahl aber abgelehnt, da seine Partei in diesem Ausschusse die Obmannstelle reklamierte, mit ihrer Forderung aber in der Minderheit geblieben ist. Die scharfste Opposition der Sozialdemokraten zeigt sich bereits im Sonderausschuße und auch im Budgetausschuße, wo Präsident Seig erklärte, daß man von jetzt ab sowohl in den Ausschüssen als im Plenum des Nationalrates mit dem scharfsten oppositionellen Vorgehen der Sozialdemokraten rechnen müsse.

England für ein fünfjähriges Moratorium an Deit Land.

Paris, 13. Oktober (Havas). Die Reparationskommission wird heute die Finanzlage Deutschlands prüfen. Der diplomatische Bericht der Agence Havas erfährt, der englische Vertreter in der Reparationskommission, Bradbury, werde die Alliierten ersuchen, anstelle der Finanzreform Deutschland von allen Barzahlungen im Laufe von fünf Jahren ab 1. Jänner 1923 zu befreien. Es hat den Anschein, daß die französische Regierung einen derartigen Antrag im Hinblick auf die Dauer des Moratoriums und aus Gründen der Unsicherheit bezüglich der Ergiebigkeit der von Deutschland vorgeschlagenen Finanzreform kaum annehmen wird.

Neumächten in England.

London, 13. Oktober. (Havas.) Einer Meldung der „Daily Express“ zufolge sei Lloyd George für die unverzügliche Vornahme der Wahlen, welche nach Mitteilungen gewisser Kreise am 4. November stattfinden würden. (In der peinlichen Situation, in welche ihn die verfehlte Orientpolitik gebracht hat, entscheidet sich also Lloyd George nicht für die Demission, sondern für den „Appell an das Volk.“ Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser ihn retten würde, weil das Spiel mit dem Kriegsgedanken, wie es Lloyd George wochenlang trieb, ihn in allen Kreisen der Bevölkerung Gegner geschaffen hat. Die Red.)

Der Einbruch der Türken in die neutrale Zone.

Konstantinopel, 13. Oktober. (Reuter.) Die türkischen Abteilungen, die die neue Grenze in der Ägäiszone überschritten haben, waren durchwegs aus Kavallerie zusammengesetzt. Ihr Oberbefehlshaber erklärte, daß er sich auf türkischem Gebiete. Es scheint, daß die Gefahr einer Verletzung des Einkommens auf einem Mißverständnis beruht. Es wurden die zur Absetzung der Grenzzone notwendigen Maßnahmen getroffen.

Wieder ein Neutralitätsbruch der Türken.

Konstantinopel, 13. Oktober. (Reuter.) Trotz des in Budania abgeschlossenen Abkommens haben 4000 Türken die neue Grenzlinie auf der Ägäisbinsel überschritten und sind einige Meilen in der Richtung Konstantinopel vorgeückt. General Harrington hat gegen die Verletzung des Abkommens scharf protestiert. Die Situation wird als sehr ernst angesehen.

Der Rückzug der Griechen.

London, 13. Oktober (Havas). Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die alliierten Oberkommissare und Generale heute früh die Einzelheiten der Räumung Thrazien beraten haben. Es werden 3 britische, 3 französische und 1 italienische Bataillon entsendet, um dem griechischen Rückzug zu kontrollieren.

Tages-Neuigkeiten.

Die Blamage der Reichenberger.

Die Reichenberger Kommunisten schreiten zwar so stolz von Blamage zu Blamage, daß es fast schon unmöglich ist, jede einzelne Phase ihrer fortgesetzten Selbstblößeungen festzuhalten — aber ihr jüngstes Abenteuer anläßlich der Reichenberger Versammlung des Genossen Dr. Paul Levi verdient doch, besonders vermerkt zu werden.

In großer Aufmachung gab der Reichenberger „Vorwärts“ am 12. Oktober — dies der Tag der Levi-Versammlung — an erster Stelle des Blattes die Parole heraus, daß die Reichenberger kommunistischen Arbeiter diese Versammlung zu besuchen hätten. Folgendermaßen lautete der Passus, der die Reichenberger Arbeiter zur Sprengung der Levi-Versammlung aufforderte, wörtlich im „Vorwärts“ (wobei wir auch den Fetz- und Sperrdruck ganz nach dem Muster des Originals wiedergeben):

„... werden die Reichenberger Arbeiter erst recht nicht darauf verzichten, zu Herrn Levi zu kommen. Wenn den Herrn Levi sein Weg nach Reichenberg führt, und zwar zu Herrn Hahn u. Co., so wird heute unser Weg zu Herrn Levi führen.

Da die Versammlung in der Vereinhalle, wie aus der Ankündigung hervorgeht, nur zum Scheine eine 2-Verammlung ist, da die Genossen der Herren in der Färbergasse aufgefordert werden, sich noch im Laufe des Tages Eintrittskarten zu holen; da es sich bei der Versammlung in der Vereinhalle um eine öffentliche Vereinsversammlung handelt, findet heute die Versammlung im Hofsaal statt, hingegen marschieren die Arbeiter sofort nach Arbeitsloß geschloffen in die „Vereinhalle“ in die öffentliche Vereinsversammlung der sozialdemokratischen Partei...“

Was ist nun aus diesem Sprengungsplan geworden? Wie haben die Reichenberger kommunistischen Arbeiter die Parole ihres Partebattes befolgt?

Mit Mühe und Not ist es kommunistischen Machern gelungen, von den sozusagen kommunistischen Arbeitern, die sich zu einer Kundgebung gegen den Lohnabbau versammelt hätten, etwa 250 zur Vereinhalle zu „führen“, wo Levi vor 700 sozialdemokratischen Arbeitern sprach. Deren Ordnen gelang es ohne weiteres, die Kommunisten am Eindringen in die Versammlung zu verhindern, sodah sie unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten.

Es ist ganz klar, daß es den nichtsozialdemokratischen Arbeitern Reichenbergs ein Leichtes gewesen wäre, die Levi-Versammlung ebenso zu sprengen, wie das die brillendsten „Kommunisten“ vor Teplitz besorgt haben — wenn eben diese „kommunistischen Arbeiter“ gewollt hätten. Aber es ist schon so, daß gerade die Arbeiter Reichenbergs, der kommunistischen „Hochburg“, am allerdeutlichsten sehen und fühlen, wohin die Arbeiterschaft die Demagogie und Gewissenlosigkeit der Kommunisten führt. Die Reichenberger kommunistischen Arbeiter haben es einfach satt, der schändlichen Spaltung und Sprengungstatistik der Moskauer Unterläufer noch weiter Gefolgschaft zu leisten und so kommt es, daß der „Vorwärts“ mit seiner lärmenden Parole diesmal in Reichenberg selber schon fast keinen Hund mehr vom Ofen hervorgeholt hat. Während er Donnerstag in fetten Letztern und an erster Stelle des Blattes die Trommel zur Sprengung der Levi-Versammlung rührte, muß er Freitag ganz bescheiden, im Innern des Blattes — selbstverständlich unter neuen Verleumdungen feststellen, daß seine eigenen Anhänger — „die Levis rechts liegen“ liegen. Damit ist gesagt, daß die Reichenberger Arbeiter — soferne sie der Levi-Versammlung nicht selber als Sozialdemokraten beizuhören — die Parole des „Vorwärts“ einfach ignorierten. Kein Wunder auch. Die Textilarbeiter von Reichenberg drücken jetzt andere Sorgen, als Versammlungen zu sprengen. Sie haben noch reichlich darüber nachzudenken, wie jämmerlich ihnen ihre kommunistischen Führer den Lohnkampf verloren haben.

Genosse Levi hat also in Reichenberg ungestört gesprochen und er wird auch in Teplitz — wo sich die Tätigkeit der Kommunisten nur auf das Krabbeln beschränkt — sprechen. Die „Freiheit“ veröffentlicht an der Spitze ihrer gestrigen Nummer folgende „Erklärung“:

In der gestrigen Versammlung in Teplitz haben die Kommunisten bewiesen, daß sie an Brutalität und Habsucht und wie ich zur Einschüchterung hinzusetzen muß, an Dummheit ihren reichdeutschen Genossen nicht nachstehen. So wenig wie aber in Deutschland, kann mich hier in Teplitz das Geschrei hysterischer Rowdies hindern, vor den Genossen, die mich hören wollen, zu sprechen. Auf Eruchen der hiesigen Genossen werde ich am 11. November dieses Jahres hier in einer Versammlung sprechen.

Teplitz, am 12. Oktober. Paul Levi. „Hysterische Rowdies“ — das der Ehrentitel den sich die Teplitzer Versammlungsprenger und Brüller aus dem Munde des einstigen geistigen Führers der kommunistischen Partei Deutschlands verdient haben. Die Reichenberger kommunistische Arbeiterschaft hat den Beweis erbracht, daß sie keine noch so lauten und aufgeregten Parolen des „Vorwärts“ zu „hysterischen Rowdies“ herabwürdigen kann. Sie haben den journalistischen Sprengungskommandanten diesmal den Rücken gewendet und sie werden ihnen in Zukunft auch bei anderen Gelegenheiten hoffentlich in immer geringerer Zahl Gefolgschaft leisten.

Tages-Neuigkeiten.

Revolutionäre Lesebuchpolitiker.

In Sinowjew, den Vorstehenden der kommunistischen Internationale, haben wir eine neue, für einen Revolutionär nicht gewöhnliche Fähigkeit entdeckt. In einem Artikel aus seiner Feder, der durch die gesamte kommunistische Presse geht, erbringt er nämlich den Beweis, daß er jederzeit imstande wäre, der Sowjetrepublik ein Volksbuch zu schreiben, das ganz nach dem Muster der Lesebücher in den ehemaligen Reichs-Sachsen und der Hohenzollern gehalten wäre. Sinowjew schreibt einen Aufsatz: „Genosse Lenin genesen“. Darin wird auf zwei Spalten ausgeführt, wie Lenin lebt, arbeitet und sich erholt. Wir zweifeln nicht daran, daß ein großer Teil des russischen Volkes Lenin außerordentlich liebt. Aber es wird einem geradezu eilig zumute, wenn man sieht, wie Lenins erste Grenadiere für ihn im Lesebuchstil genau so sentimental und flug berechnend Klamme machen wie die Verfasser der unergieblichen Geschichten, die wir in unseren Kinderjahren genossen, für den alten Franz Josef. Hier war zu lesen, wie der gute alte Kaiser als erster in seinem Reiche sich vom Schlafe erhebt, wie er den ganzen Tag rastlos arbeitet, wie er sich räuspert und wie er spuckt, wie er sich von all dem erholt und als rüstiger Greis auf die Berge kragt und Gemsen schießt. Und genau so machen die kommunistischen Unterthanen für ihren Gottbersten romantische Propaganda. Hier einige Probestücke aus der riesigen Wehrschulthe, die Sinowjew dem Genossen Lenin spendet.

Daß Genosse Lenin zu arbeiten versteht wie niemand anderer, das ist allgemein bekannt. Aber Genosse Lenin versteht es auch, sich zu erholen. Seine Arbeit ist im allgemeinen regelmäßig und auch bei der größten Anstrengung zweckmäßig eingeteilt. Seine Erholung ist einfach und gesund.

An einer anderen Stelle wird erbaulich geschildert, wie der große Lenin — dies war für ihn „eine gewohnte Sache“ — in einem Walde bei Paris — Maiglöckchen sammelte. Und dann wieder heißt es in der Beschreibung von Lenins Leben in Galizien:

Er hat uns sehr oft dazu überredet, von dem erwähnten galizischen Dörfchen aus, mit dem Fahrrad eine Strecke über 100 Werst nach Ungarn zu machen, um von dort als Trophäe — eine Flasche ungarischen Wein mitzunehmen. Zu diesen Spazierfahrten hat Wladimir Iljitsch beinahe immer sehr viele junge Genossen „herausgetrieben“. Das größte Vergnügen Lenins war, wenn er auf hohe Berge hinaufklettern konnte, wohin sich sehr oft nicht einmal der geübteste Tourist hinaufwagte.

Es kann nicht anders sein, als daß der russische Arbeiter bei der Lektüre dieser Zeilen in Rührung und Anbetung vor dem schlichten Führer, der Maiglöckchen sammelt, Wein trinkt und auf hohe Berge klettert — ganz so wie ein gewöhnlicher Mensch — förmlich zerschmilzt. Auf solche Weise wird Lenin „populär“ gemacht und die Liebe des Volkes zu ihm gefestigt. Es entspricht ja auch ganz der Idee des historischen Materialismus und der Tradition der Arbeiterbewegung, einzelne Personen in jedem Detail ihres Lebens aus der Geschichte herauszugreifen und so zu beweisen, wie unendlich wichtig für das Geschick der Menschheit und des Proletariats jeder kleinste Atemzug, jedes gesprochenes Wort eines bedeutenden Mannes ist. Möglicherweise, dem Reklamechef seines Meisters, gar nicht zum Bewußtsein kommt, wie sehr er da im Geiste Marxens schreibt und handelt. Sinowjew erfüllt ja nur getreulich die Aufgabe, die russischen Arbeiter und Bauern ganz so zur Liebe für den derzeitigen Herrscher zu erziehen, wie dies feinerzeit die Schreiber der monarchistischen Lesebücher so beispielgebend beforagt haben.

Ferrer-Frauerfeier. Die beiden Prager Freidenker-Vereine „Freier Gedanke“ und „Polna Myslenka“ veranstalten Freitag den 13. Oktober 1922, am Jahrestage der Ermordung Ferrers, im Festsaal der Sofieninsel um 8 Uhr abends eine großangelegte Frauerfeier, verbunden mit einer Manifestation für die „Freie Schule“. Der Obmann des Freien Gedankens, Genosse Ludwig Riefler, und Professor Dr. Kunstow, werden über „den Lebenslauf und das Wirken Francesco Ferrers“ sprechen. Schriftsteller Wilhelm Börner von der ethnischen Gesellschaft in Wien und Abgeordneter Theodor Bartosch werden das Andenken an Francesco Ferrer feiern und über die Freie Schule sprechen. Kundgebungen der Delegierten der parlamentarischen Parteien und freisinnigen Körperschaften sollen folgen und damit die Feier ihren Abschluß finden.

Austausch politischer Gefangener zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei. Das Tsch. B. B. meldet aus Preßburg: Mittwoch vormittags fand in Szeg der Austausch der ungarischen politischen Staatsangehörigen, welche von tschechoslowakischen Behörden abgeurteilt oder in Untersuchung gezogen waren und der in Ungarn in Haft befindlichen tschechoslowakischen Staatsangehörigen statt. Ungarn wurden 64, der tschechoslowakischen Republik 33 politische Gefangene übergeben. Unter den Angehörigen befinden sich: die ungarischen Staatsangehörigen Jarkas, Gyula, Lakas, Lajos und Obsuth, welche wegen Spionage zugunsten Ungarns verurteilt waren. Aus Ungarn gehen die Finanzwachleute Talacke, Guttenberg und Dvořak sowie der Detektiv Rab aus Raasdau heim, welche die Magyaren beim Ueberfall unserer Grenze bei

Deutschlands Sozialdemokratie zur Stabilisierung der Währung.

Ihre Forderungen finden heute auch die Anerkennung der Bürgerlichen.

Berlin, 11. Oktober. (Eigenbericht.) Als der neue Marksturz begonnen hatte, verlangte die Sozialdemokratie sofort, daß schleunigst erfolgversprechende Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung seitens der Regierung getroffen würden. Genosse Dr. Hilferding stellte in der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages bestimmte Forderungen auf, die auch von der Partei übernommen wurden. Der Goldbestand der Reichsbank soll als Deckung für eine Devisen-Anleihe benützt werden. Durch eine Goldanleihe im Innern, deren Verzinsung in Gold zu erfolgen hätte, soll ein werbeständiges Papier geschaffen werden. Schließlich soll dem spekulativen Devisenhandel mit schärfsten Mitteln begegnet werden. Die bürgerliche Presse wandte sich zuerst aus leicht erklärlichen Gründen gegen diese Forderung. Inzwischen hat sich aber ein bemerkenswerter Umschwung vollzogen und heute empfehlen die Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ und des „Ber-

liner Tageblatt“ dieselben Maßnahmen gegen den Verfall der deutschen Währung, die von der Sozialdemokratie bereits gefordert wurden. Auch die Regierung will jetzt das Ihrige tun, um eine Restierung der deutschen Währung zu erzielen. Der Reichskanzler will seinen Urlaub unterbrechen, um an den Beratungen über diese Frage teilzunehmen. Es ist zu erwarten, daß die Regierungsmassnahmen sich vor allem dahin erstrecken werden, daß die Devisenspekulation unmöglich gemacht werde. Außerdem sollen Zahlungen in ausländischer Währung bei Auslandsgeheimnissen unter allen Umständen verhindert werden. Die Sozialdemokratie wird darauf dringen, daß die Regierung nicht auf halbem Wege stehen bleibt, sondern das notwendige tut, um die deutsche Währung vor ihrem völligen Verfall zu bewahren. Dem in einigen Tagen wieder zusammentretenden Reichstage wird sich Gelegenheit bieten, die sozialdemokratischen Forderungen auf das nachdrücklichste zu vertreten.

Die Maßnahmen des Reichskabinetts.

Berlin, 11. Oktober. (Woff.) Das Reichskabinetts befähigt sich heute mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Marksturzes. Es wurde vor allem die Notwendigkeit des schleunigen Erlassens von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Devisen bezwecken, anerkannt und es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe werbeständiger Schatzanweisungen sowie weitere Stützungsmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Ermüßliche Kursstürze fremder Wäluen in Berlin.

Berlin, 11. Oktober. (Eigenbericht.) Auf die Mitteilung von bevorstehenden Maßnahmen der Regierung gegen die weitere Entwertung der Mark haben die Kurse der auswärtigen Zahlungsmittel heute einen wesentlichen Rückgang erfahren. Zu diesem Rückgang trug auch die Nachricht bei, wonach Amerika sich an den Verhandlungen über das europäische Währungsproblem beteiligen wolle. Der Dollar fiel von rund 8000 auf 2596, das englische Pfund von 13,083 auf 11,785, der Schweizer Franken von 555 auf 491, die tschechische Krone von 101 auf 86.

Die Reparationskommission zum Marksturz.

Paris, 11. Oktober. (Havas.) Die Reparationskommission wird heute nachmittags eine halbamtliche Sitzung abhalten, in deren Verlauf sie die durch den Sturz der Mark geschaffene Lage erörtern wird. Man wird sich daran erinnern, daß die Reparationskommission die Entschädigung vom 31. August nur gefast hat, um dadurch, wenn auch nicht eine Befestigung des Markkurses, so doch wenigstens eine Stabilisierung desselben zu erlangen. Dieses Ergebnis schien anfangs September erreicht zu sein und man hegte die Hoffnung, sich unter verhältnismäßig günstigen Umständen nach der Brüsseler Konferenz begeben zu können, die im November oder Dezember alle finanziellen Probleme, die sich aus dem Kriege ergeben haben, erörtern sollte. Der neuerliche rasche Sturz der Mark, welcher in den letzten drei bis vier Wochen eingetreten ist, hat diese Hoffnung vernichtet und die Reparationskommission

sieht sich daher gezwungen, die neue finanzielle Lage noch vor der Brüsseler Konferenz in Betracht zu ziehen. Es ist selbstverständlich, daß die Frage der deutschen Finanzkontrolle aufgeworfen wird und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die nächste halbamtliche Sitzung insbesondere die Ausarbeitung von Maßnahmen zum Gegenstand haben wird, die gestatten, die Kontrolle zu verstärken und sie wirksam zu gestalten. Es werden aber mehrere Sitzungen und Besprechungen zwischen den Abgeordneten nötig sein, bevor man zu einer Entschädigung der Kommission kommen kann, die im Falle einer amtlichen Sitzung gefast werden könnte. Zweifelsohne dürfte dies nicht vor Ende der nächsten Woche sein, da die für Freitag geplante Sitzung abgesagt worden ist. Es wird daher vor fünf oder sechs Tagen kaum eine Lösung möglich sein.

Szab verschleppt hatten. In den nächsten Tagen wird Magyaren der tschechoslowakischen Republik etwa 60 weitere Sämlinge ausliefern, bei denen noch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit sichergestellt wird.

Schwerer Autounfall. Gestern um 5 Uhr nachmittags passierte die elfjährige Georgine Böttich mit ihrem Ziehwater Karl Böttich aus Zimmern die Karlsstraße in Weinberge. In diesem Augenblick wies ein Auto, welches vom Chauffeur Stanislaus Wolf aus Prag gelenkt wurde, einem Lastwagen aus. Das erschrockene Mädchen lief über die Straße und wurde dabei von dem rückwärtigen Teil des Automobils erfaßt. Es erlitt so schwere Verletzungen, daß es mit demselben Auto sofort ins Allgemeine Krankenhaus transportiert wurde. Dort wurde eine schwere Verletzung der Schädeldecke und ein Bruch des rechten Beines unterhalb des Knies festgestellt. Nach erster Hilfeleistung im Allgemeinen Krankenhaus wurde das Mädchen in das tschechische Kinderkrankenhaus überführt. Nach den Angaben von Zeugen und des Ziehwaters trägt der Chauffeur keine Schuld an dem Unfall.

Eine Tragödie in zehn Zeilen. Das Reichsberger Krüppelheim hat dieser Tage einen „Zehnschicksal“, dessen Geschichte folgendermaßen lautet: Der zweijährige Knabe Franz hat in seinem Lebensbuche bisher wenige frohe Tage verzeichnet: 1920 unehelich geboren. Vater verblühte wegen Mordes und Notzucht eine 15jährige Kerkerstrafe, die Mutter heißt zwei uneheliche Kinder. Sie hat diese durch ungenügende und schlechte Wartung und Ernährung nicht nur körperlich und seelisch sich werden und verkommen lassen, sondern obendrein absichtlich mißhandelt. Jedoch Franz einen Oberschenkelbruch und Mastdarmpolypen davontrug. Die Bruststelle ist ohne Zuhilfenahme eines Arztes winkelig verbiegt und verwachsen, das Kind kann mit zwei Jahren noch nicht aufrecht stehen oder gehen. Die Mutter wurde bereits zweimal gerichtlich abgestraft und der elterlichen Rechte für verlustig erklärt.

Ermordung eines Wärrers. Samstag früh wurde der Wärrer Method Kostak in seiner Pflanze in Polanska bei Wagnstadt mit vier Schußwunden tot aufgefunden. Auf Grund der Erhebungen der Gendarmerie mit Zuhilfenahme eines Polizeihundes wurden zwei Piarzschianen verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Die Wirtschaftskrise.

Kündigung des Lohnvertrages im nordwestböhmischem Revier.

Im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier haben die Unternehmer den Antrag auf Auflösung des gegenwärtigen Lohnvertrages gestellt. Zugleich stellen sie auch neue Bedingungen. Die lozialisierten Bergarbeiterverbände erhielten am 10. Oktober vom Verein für bergbauartige Interessen im nordwestlichen Böhmen ein Schreiben, in welchem es heißt: „Im Hinblick auf die sich täglich verschärfende Notlage der Bergwerke einerseits und Bedachtnahme auf die eingetretene Verbilligung der Lebenshaltungskosten andererseits betrachten die Werke für die derzeitigen Verhältnisse als Höchstausmaß des Möglichen die folgenden Sätze, welche im wesentlichen den im Schlichtungsgerichtserkenntnis Nr. 700 vom 10. Juli 1920 festgesetzten Löhnen entsprechen. Die Grundlagen der neuen Vereinbarung wären somit: 1. Bei normaler Arbeitsleistung ein Säuerdurchschnittsverdienst von 41 K beziehungsweise 45 K für die Schicht. Ein Säuerregieschichtlohn von 33 K beziehungsweise bei zwei oder mehr Regieschichten in der Woche 36 K. Ein Säuermindestlohn bei einer Leistung von mindestens vier Fünftel der normalen Leistung von 36 K. 2. Für die im Schichtlohn beschäftigten Arbeiter gelten die gleichen Bestimmungen, wie sie in den Punkten 4, 5, 6 und 7 des Schlichtungsgerichtserkenntnisses Nr. 700 vom 10. Juli 1920 enthalten waren. 3. Mit dem Lohnausdruck vereinbarte weitere Herabsetzungen der unter 1 und 2 genannten Bedinge und Löhne sind insoweit zulässig, als sie durch die allgemein gültigen Sätze des Punktes 1 und 2 nicht um mehr als ein Fünftel gekürzt werden. 4. Als Normalleistung im Sinne des Punktes 1 ist bei der Festsetzung der Bedinge auf jede Schicht die Durchschnittsleistung der Säuer in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1922 maßgebend, wobei jedoch die Ergebnisse des Monats Februar 1922 ausschlaggebend sind. 5. An Zulagen werden die im Punkte 2 b des Erkenntnisses Nr. 400 vom 20. März 1920 festgesetzte Kinderzuschläge gewährt. Die übrigen in diesem Punkte genannten Zulagen entfallen. Die Zulage für die Ueberlichter beträgt 25 Prozent, jene für Sontagsarbeit 50 Prozent des verdienten Lohnes. 7. Dieses neue Lohnvereinbkommen tritt mit Beginn der auf den Abschlußtag folgenden Lohnperiode in Kraft. Es kann beiderseits mit vierzehntägiger Wirksamkeit gekündigt werden. Die vertraglich bindenden Werke behalten sich vor, bezüglich der Sonntagschicht von der Regierung die Aufhebung der im Gesetze nicht begründeten Verordnung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Zahl 16548/V-22 vom 17. April 1920 zu erwirken. Die vorstehenden unter 1 bis 7 aufgestellten Grundlagen des neuen Lohnvereinbommens werden gleichzeitig als Wänderungsantrag im Sinne des Punktes IV des Schlichtungsgerichtserkenntnisses Nr. 1400 vom 20. November 1920 dem Verbauschiedsgericht in Brüx bekanntgegeben. Behufs Ausprache über die neue Lohnvereinbarung werden schließlich die lozialisierten Bergarbeiterverbände zu einer am Samstag, den 14. Oktober beim vereinigten Bergrevier in Brüx stattfindenden gem ein samen Sitzung eingeladen.“

Angriff der mittelböhmischem Metallindustriellen.

Der Verband der Metallindustriellen hat beschlossen, für die Betriebe in Mittelböhmen die Löhne um weitere 30 Prozent herabzusetzen. Bekanntlich wurden Anfang Juni die Löhne um sechs bis zehn Prozent herabgesetzt und ohne Rücksicht darauf, daß die meisten Arbeiter Kurzarbeit leisten, diktieren die Metallindustriellen einen Lohnabbau von 30 Prozent. Der Lohnabbau betrifft 54 Metallbetriebe mit 32.000 Metallarbeitern. Es sind dies die großen Maschinenfabriken in Prag, die Eisenwerke in Mladno und Königshof, die Polbitzütte in Mladno, Skobawerke Pilsen, die Maschinenfabriken in Königgrätz und Zelen, die Eisenwerke Libschitz, die Propylfabrik in Pardubitz, Janatschel in Ransko und die Eisenwarenfabrik in Tschelkowitz. Der Gewerkschaftsjugendrat der Metallarbeiter, der die Angelegenheiten der Metallarbeiter führt, hat beschlossen, das Diktat der Unternehmer abzulehnen.

Verfälschung von denaturiertem Spiritus.

Das Interministerielle Komitee für die Liquidation der Spirituskommission hat festgestellt, daß viele Wiederverkäufer von denaturiertem Spiritus, welche hochgradige Ware erhalten, denselben bis auf 90 Prozent verwässern und in diesem Zustande weiterverkaufen. Laut den Bestimmungen der Vollzugsvorschrift zum Spiritusgesetz ist strenge verboten und strafbar, das Denaturierungsmittel aus dem denaturierten Brantwein ganz oder teilweise wieder auszuscheiden, oder dem denaturierten Brantwein Stoffe, welcher Art immer (sowie auch Wasser), beizumengen, durch welche die Wirkung des Denaturierungsmittels in bezug auf Geschmack oder Geruch geändert wird, oder solcher Art behandelten Brantwein feilzuhalten oder an andere abzugeben. Der gegen dieses Gesetz handelnde, unterliegt den Strafbestimmungen, welche im § 94, Nr. 2, des Brantweinsteuergesetzes enthalten sind.

Millionengewinn in der Wirtschaftskrise. Der größte Textilkonzern in der Tschechoslowakei, die Firma Mautner, weist — wie das „Prager Tagblatt“ berichtet — für das Jahr 1921 einen Gewinn von 3.441.224 Kronen aus gegen 934.801 Kronen im Vorjahr. Die Dividende beträgt 10 Prozent.

Telegramme.

Seipel erhält das Vertrauen der Bürgerlichen.

Wien, 11. Oktober. (R. B.) Im Außen-ausschusse berichtete Bundeskanzler Dr. Seipel über die Genfer Vereinbarung. Nach dem Referate des Bundeskanzlers stellten die Sozialdemokraten einen Billigungsantrag, in welchem dem Bundeskanzler sowohl wie dem Minister des Außern Dr. Grünberger wegen der Preisgabe der Interessen Oesterreichs in Genf das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wird. Für den Antrag stimmten aber nur die Sozialdemokraten, während die Christlichsozialen, die Großdeutschen und die Bauernbündler den Antrag ablehnten, sodas er als verworfen erscheint. Dagegen stellte der Christlichsoziale Miklas den Antrag, dem Bundeskanzler und dem Minister des Außern für ihre erfolgreichen Bemühungen im Interesse der österreichischen Bevölkerung den Dank und das vollste Vertrauen auszusprechen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien zum Beschlusse erhoben.

Auflösung des englischen Parlaments.

London, 11. Oktober. (Eigenbericht.) Der Ministerrat hat beschlossen, das Parlament aufzulösen und die Neuwahlen in sechs Wochen oder spätestens Mitte Dezember stattfinden zu lassen. Der Beschluß ist auch von Lloyd George gebilligt worden.

Die baltischen Staaten und die Zibrückung.

Warschau, 10. Oktober. (Tsch. B.) Blättermeldungen zufolge wurde gestern in Reval die Konferenz der Außenminister der drei baltischen Staaten und Polen beendet. Bei der Konferenz soll ein vollkommenes Einvernehmen bezüglich des solidarischen Vorgehens der baltischen Staaten und Polens bei der in Moskau stattfindenden Abrüstungskonferenz besprochen worden sein.

Gerichtssaal.

Aus dem Prager Nachtleben. 1200:8.

Acht Kronen hatte nämlich Gustav Förster in der Tasche, als er am 18. September im Nachtlokal der Rosa Kloubova in Prag III, Nr. 237, kam, und 1200 Kronen machte die Rechnung aus, als er schwer bezechet das Nachtslokal verlassen wollte. Und da der Dritte fehlte, der die unregelmäßige Gleichung richtig gestellt hätte, wurde Förster angezeigt und hatte sich vor dem Prager Landesgerichte zu verantworten. Natürlich fühlte er sich unschuldig und stellte die Sache folgendermaßen dar: Am 18. September kam er in das genannte Gasthaus und verlangte einen Schwarz mit Rum. Rum. Mit acht Kronen in der Tasche konnte er sich ja so ein Getränk leisten. Da nahte sich ihm jedoch ein Unglücksengel in Gestalt der Kellnerin Luba Jova (genannt die schöne Mana) und zog ihn mit ins Separee, wo sie Wein, Sekt und Liköre bestellte. Schließlich waren in dem kleinen „Schmelzschloß“ noch die zweite Kellnerin, die Wirtin, der Klavierpieler usw. versammelt, die alle fröhlich drauf los tranken und es sich auf Kosten des Förster drauf geben ließen. Dem armen Manne wurde schließlich so warm und die durch die Kloubova angelegte Sinnlichkeit stieg ihm so zu Kopfe, daß er schließlich nicht wußte, was mit ihm geschehe. — Soweit der Förster. Die Kloubova erklärte jedoch, daß Förster von all dem, was er bestellt hatte, selbst sehr wenig genossen habe, so daß er immer gewinkt habe, was er bestelle und anordne. Er habe sie aufgefordert, ins Separee mitzukommen und sie sei bereitwillig mitgegangen, da sie ja nicht wußte, daß er bloß acht Kronen in der Tasche hatte. Das Gericht sah sich schließlich gezwungen, die Verhandlung zu vertagen, da beide Parteien den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen zu erbringen sich erboten.

Das Klostergeheimnis im Freudenhaus.

Zwei unternehmungslustige Fleischhauergesellen erschienen einmal nachts in einem Prager Freudenhaus, bestellten Sekt und Wein und ließen die Mädchen gut leben. Und als die Freude den Höhepunkt erreicht hatte, liegen die beiden einige Minuten „Klostergeheimnis“ kommen, um das ohnehin schon aufgeschobene Animo noch etwas zu steigern. Das süße „Klostergeheimnis“ verriet jedoch die Rosa Macoun nicht. Sie begann wilde Lieder zu singen und einen furchtbaren Spektakel aufzuführen, jedoch sogar die Wache von der Straße herbeigeht kam. Wie aber die Macoun die pendelbewehrten Schutzleute erblickte, kam das „Klostergeheimnis“ vollends zu seiner Wirkung. Der eine Wachmann, Burda mit Namen, bekam sofort einen Fugtritt, so daß er sich am Boden wälzte, der andere, Korvada, erhielt ein paar so kräftige Ohrfeigen, daß ihm Hören und Sehen verging. Es mußte rasch noch ein dritter Wachmann geholt werden, um das rasend gewordene Mädchen bändigen zu können. Selbstverständlich ging die Festnahme nicht so ohne weiteres von sich und der zuletzt erschienene Hüter des Gesetzes bekam noch eine Flut von Schimpfwörtern, wie „Du Lump!“, „Du Polizeigesicht!“, „Du Gauner!“ und deren andere nicht besonders schön klingende Namen zu hören. Vor Gericht war das Mädchen ganz zerknirscht und beteuerte, das „Klostergeheimnis“ hätte eine derartige Wirkung auf sie ausgeübt, daß ihr die Szenen noch heute ein Geheimnis sind. Doch öffentliche Gewalttätigkeit und Wachebeleidigung sind keine leichten Verbrechen mehr und so wird Rosa Macoun für einen Monat ins Gefängnis wandern müssen, zumal die erst 21jährige bereits viermal vorbestraft ist.

Veruntreuung und Betrug. (Prager Landesgericht.)

Vor einem Senate des Prager Landesgerichtes hatte sich gestern der Beamte Johann Dolezal aus Böhmisch-Brod zu verantworten, weil er in der Zeit vom 7. Jänner 1919 bis zum 1. Mai 1922 Beträge, die er in der Taschler Gegend für die Versicherungsgesellschaft „Slavia“ einzahlte, nicht abgeführt hatte und weil er zwei Parteien Geldbeträge als Ansehen entlockte, um sie für sich zu verwenden. Die Gesamtsumme der durch Dolezal unterschlagenen Beträge beläuft sich auf 20.582 K. Ende Jänner kam man darauf, daß Dolezal Geld unterschlage. Er gestand damals auch ein, 2528 K für sich verwendet zu haben. Die nun vorgenommene Revision brachte die ganzen Betrüge des Dolezals ans Tageslicht. Dolezal erklärte vor dem Richter, daß seine Veruntreuungen lange nicht einen so hohen Betrag ausmachten, als es in der Anklageschrift angegeben wird. Die Verhandlung mußte daher verschoben werden, um von der Generaldirektion des Postsparkassenamtes in Prag darüber Bericht einzufordern, inwiefern aus den amtlichen Belegen der Postämter, von denen aus die Parteien dem Dolezal die Versicherungsräumlichkeiten, die Höhe der durch Dolezal veruntreuten Summe sich feststellen läßt.

Kleine Chronik.

Das flüchtige Flugzeug. Nachdem die Idee des Flugzeuges ohne Motor jetzt für die Praxis Bedeutung gewonnen hat, besteht das nächste große Ziel auf dem Weg zur völligen Beherrschung der Luft in der praktischen Verwirklichung des schon bisher energisch verfolgten Gedankens eines vom Führer unabhängigen Flugzeuges. Der französische Ingenieur Bergheron, der sich der Lösung dieses Problems widmet, ist zur Zeit auf dem Flugplatz von Clampos mit Versuchen beschäftigt, die Erfolge zu versprechen. Die Besatzung des Flugzeuges, das ohne Führer aufsteigt, wird auf funktographischem Wege von einem auf der Erde zurückgebliebenen Piloten gelenkt, der bequem in seinem Sessel vor einer Luftpistole sitzt und durch Niederdrücken der Tasten dem 60 bis 100 Kilometer von seinem Standort entfernten Flugzeug Di-

rekturen gibt, die dieses mit untadeliger Genauigkeit ausführt. Der Apparat, mit dem die Versuche gemacht werden, ist ein großer Zweifelder aus Metall, der mit einem Motor von 300 Ps. ausgerüstet ist. An der Stelle für die Stige der Piloten und des Beobachters sind verschiedene komplizierte Apparate aufgestellt; ein Empfänger, ein mechanischer Stabilisator, ein Hilfsmotor, der die Zuführung der Gase und die Zündung reguliert und das Steuer betätigt. Unter dem Gestänge des Trägerwerks befindet sich eine radiotelegraphische Antenne und ein Anker; denn die Landung bildet den eigentlichen Angelpunkt des Problems. Bergheron glaubt das Problem mit Hilfe des Ankers lösen zu können, der in geeigneten Augenblick herabgelassen, sich in einem bestimmten Neigungswinkel stellt, wie ihn der am Land befindliche Pilot wünscht. Wenn der Anker den Boden schlägt, wird der Motor angehalten, während die Stellung des Ankers mechanisch die des Tiefensteuers bestimmt, um eine normale Landung zu ermöglichen. Die Versuche sind, wie die Pariser Blätter mitteilen, noch nicht abgeschlossen.

Wärmermessungen an Schulkindern. Im Anschluß an die Ergebnisse der amerikanischen Schulkinderprüfung veröffentlicht das Reichsgesundheitsamt, wie in der „Ärztlichen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, Messungen an Schulkindern in Tabellenform. Unter den bisherigen Mitteilungen sind am wichtigsten die Angaben über Länge und Gewichte von mehr als 60.000 Leipziger Volksschülern. Es war bei beiden Geschlechtern in der Zeit von 1918 bis 1921 eine Zunahme des Längenzuwachstums nachweisbar, für das 7. bis 10. Jahr in ziemlich erheblichem Maße, von da an niedriger. Die Gewichtszunahme fand in viel geringerem Grade statt und von 1919 bis 1920 stärker als 1920 bis 1921. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Neunjährigen des Jahres 1921 die Sechs- bis Siebenjährigen des Jahres 1918 sind und daß Säuglinge und Kleinkinder Krieg und Hofplage unter günstigeren Verhältnissen durchlebt haben als Schulkinder. Nach den Tabellen aus der Vorkriegszeit für Deutschland, England, Amerika und Schweden, die von der amerikanischen Hilfskommission herausgegeben wurden, sind die Längenzahlen bei den schwedischen Kindern erheblich höher, bei den englischen und amerikanischen bis zum 10. Jahr geringer und von da an höher als die deutschen für Leipzig 1921. Die Gewichte der ausländischen Schulkinder sind aber fast durchwegs bis auf die jüngsten Altersklassen höher, und zwar oft sehr beträchtlich, so daß man daran erkennt, wie die Leipziger und die deutschen Schulkinder überhaupt gegen die andern Kinder zurückbleiben. Auch wenn man die Ergebnisse der Leipziger Messung mit den deutschen Friedenswerten vergleicht, so zeigt sich, daß die Gewichte heute noch unter den Werten vor 1914 liegen. Die Entwicklung der Kinder war also auch in der Nachkriegszeit noch nicht normal.

Der Wind als Verteidiger des Roumi Oberst. General Bruce, der Führer der englischen Expedition, der auf der Rückreise nach der Heimkehr in Marseille Station gemacht hatte, hat dort einen Mitarbeiter eines französischen Blattes empfangen. Nachdem er ihm die ungeheuren Schwierigkeiten, denen er begegnet, und die auch die schlimmsten Befürchtungen noch weit übertrafen, geschildert hatte, kam er auf den eigentlichen Schutzgeist, der den Sterblichen den Zugang zum Gipfel verwehrt, zu sprechen. Dieser Schutzgeist ist der unberechenbare Wind, der alle Augenblicke umschlägt, bald als Eiswind auftritt, bald wieder mit seinem heißen Atem das Eis schmilzt und Katastrophen, auf die man nicht gefaßt sein konnte, auslöst. Das Klima selbst würde erträglich sein ohne diese kapriziösen Winde, die einen befähigten Besizer der Temperatur hervorgerufen. „Ich habe nie in meinem Leben einen gefährlicheren Feind angetroffen“ — erklärte General Bruce — „mit den anderen Schwierigkeiten wären wir schon fertig geworden.“ Mit besonderem Lobe gedachte der General der Hilfe der Tibeter, die er als vorzüglich disziplinierte und pflichtgetreue Mitarbeiter rühmte. Wenn er sich auch die Schwierigkeiten, die der Besteigung des Gipsels im Wege stehen, nicht verbietet, so hält er doch ihre Besiegung nicht für unmöglich. Nach seiner Meinung ist die Akklimatisation an die Lebensbedingungen dieser öden Wüste eine unumgängliche Vorbedingung des Erfolges.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die tschechischen Gewerkschaften gegen den kommunistischen Gewerkschaftslongref. Die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung hat den Beschluß gefaßt, daß diejenigen Verbände, welche sich an dem von den Kommunisten veranstalteten Gewerkschaftslongref vom 26. bis 29. Oktober beteiligen, als außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehend zu betrachten sind.

Neues Sachlieferungsabkommen. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, fand gestern in der Hamburger Börse eine Besprechung Hamburger und norddeutscher Industrieller statt wegen Erziehung einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe für die Hamburger und Norddeutschen. Mit französischer Mandatarin ist bereits in Paris verhandelt worden, u. zw. soll die Gründung einer Interessengemeinschaft beabsichtigt sein.

Fransösisch-russische Handelsbeziehungen. Die Handelskammer von Marseille beschloß, die Initiative zu ergreifen und den französischen Handelskammern vorzuschlagen, in ihrer nächsten Generalversammlung einen offiziellen Vertreter in Rußland für sämtliche Handelskammern zu ernennen. Er wird in Moskau wohnen und beauftragt sein, sich über alle Fragen zu unterrichten, die den Handel und die Industrie in Frankreich interessieren.

Die finanzielle Abhängigkeit der kommunistischen Gewerkschaften von Sowjetrußland. Aus dem, dem 5. allrussischen Kongress der Gewerk-

schaften erstatteten Bericht geht hervor, daß die Gewerkschaftskasse für das ganze Jahr 1920 im ganzen nur etwas mehr als 16 Millionen Rubel an Mitgliederbeiträgen erhalten hat, während sie allein vom Volkstschomissariat 205 Millionen erhielt, das heißt, die russischen Gewerkschaften wurden zu neun Zehntel vom Sowjetfiskus finanziert. Die rote Gewerkschaftsinternationale hat vom Sowjetfiskus 70 mal mehr erhalten, als an Mitgliederbeiträgen eingegangen ist. Wenn Rußland sein Geld zur Bekämpfung der Hungernot verwenden würde, statt zur Verschlagung der Gewerkschaften wäre den russischen Proletariern mehr gebient.

Kurse der Wäluen.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris Schw. Frank 0'1825
Berlin Mark 87.00
Wien Österr. Kr. 2550.—

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1167.50	1171.50
100 Mar.	120.00	140.00
100 schwed. Frank	559.00	562.00
100 Lire	128.25	127.75
100 franz. Frank	225.00	226.50
100 poln. Zloty	130.25	131.75
1 Dollar	29'92.50	30'82.50
100 belg. Frank	207.00	208.00
100 Dinar	48.25	48.75
100 österr. Kronen	0'68.57	0'74.37
100 poln. Mar.	0'22.00	0'32.00
100 ungar. Kronen	1'10.00	1'20.00

Züricher Schlusskurze (Devisen).

Berlin	0'18.50	Paris	40'40.00
Bien	0'00.75	Rußland	2'50.00
Brag	18.35	Budapest	0'21.00
Holland	207.70	Agram	203.75
New York	5'85.00	Warschau	0'05.50
London	28.00	Wien gest.	0'00.87

Kunst und Wissen.

Rino-Vorstellungen der „Urania“. Jeden Dienstag, halb 6 Uhr, im Bio „Alma“ (Gerbargasse, deutscher Text!) Erste Vorstellung: 17. Oktober, halb 6 Uhr: „Danton“, großes historisches Filmkapitel mit Emil Jannings in der Titelrolle. Karten 10—2 K. Urania-Ranglei und Besizer.

Dr. Wolf, künstlerischer Leiter des Schauspielhauses in Dresden, dem ein ausgezeichneter Ruf als Redner, Philosoph und Kulturhistoriker vorangeht, spricht am 16. über „Buddhismus und Christentum“ und am 18. über „Nietzsche“ in der „Urania“, Karten 8—3 K, Mitglieder Ermäßigung, Urania-Ranglei.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, Gastspiel Alexander Moissi „Der lebende Leichnam“. — Freitag: „Die Frau im Hermelin“. — Samstag neuentstudiert „Die Hugenotten“. — Sonntag vorm., Anf. halb 11 Uhr, 1. philharmon. Konzert. — Nachmitt., Anfang halb 3 Uhr, Gastspiel Rich. Kubla „Der Bettelstudent“. — Abend „Die Bajadere“.

Kleines Bühne. Heute, Donnerstag „Der Vatermord“. — Samstag „Haben Sie nichts zu verzeihen?“ — Nachtvorstellung, Anfang 10 Uhr „Ein Abenteuer in Marokko“. — Sonntag nachmitt. „Am Teufel“. — Abend Gastspiel Leopold Kramer „Papa“.

Erstes Philharmonisches Konzert. Sonntag, halb 11 Uhr vormittags findet im Neuen Theater unter Leitung Alexander Zemlinsky das erste philharmonische Konzert statt. Programm: Brahms 3. Symphonie, Bartok: Rhapsodie für Klavier und Orchester, Klavier: Ewald Steuermann; Strauß: Suite „Bürger als Edelmann“, Chopin: Ballade H-Roll, Polonaise As-Dur.

Ein Gerhart Hauptmann-Abend im Neuen Theater. Donnerstag, den 19. d. findet in Anwesenheit des Dichters im Neuen Deutschen Theater eine Aufführung von „Gabriel Schillings Fisch“ statt.

Mitte des Monats Oktober erscheinen die beiden

Arbeiter-Kalender

die vom Parteivorstand herausgegeben werden und zwar der

Arbeitertaschenkalender

der wieder eine Fülle des für jeden Arbeiter Wissenswerten aus dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft enthält und ferner die für jeden Arbeiter notwendigen Adressen, Monatsvermerksblätter, ein Tagebuch für das ganze Jahr 1923 u. noch verschiedenes andere. Gleichzeitig erscheint das

Arbeiter-Jahrbuch 1923

das reich illustriert ist, zahlreiche Gedichte, Erzählungen, Aufsätze und Skizzen enthält und im besten Sinne des Wortes ein Handbuch für sozialdemokratische Arbeiter genannt werden kann. — Bestellungen auf die beiden Kalender nehmen unsere Vertrauensmänner jetzt schon entgegen.

Der Taschenkalender wird 6 Kronen und das Arbeiter-Jahrbuch 1923 7 Kronen kosten.

Genossen und Genossinnen! So wie ihr die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen verdrängt, müßt ihr auch die bürgerlichen „Familienkalender“ aus ihnen vertreiben und dafür sorgen daß möglichst viele unserer Arbeiter-Kalender vertrieben werden.

Aus der Partei.

Arbeiter-Jahrbuch 1923, Arbeiter-Taschenkalender

sind erschienen. Die Bezirksorganisationen, die bis heute noch keine Bestellungen gemacht haben, werden aufgefordert, diese sofort aufzugeben. Damit die Expedition der Kalender erfolgen kann, Bestellungen übernimmt das Sekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Teplich, Schönau, Seilerstraße Nr. 1.

Bezirkskonferenz Landkron am Sonntag, den 29. Oktober 1922 im Arbeiterheim in Landkron. Die Tagesordnung lautet: 1. Mitteilungen, 2. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, 3. Organisation und Presse, 4. Bildungswesen, 5. Allfälliges. Zu Punkt 2 dürfte im Falle seiner Anwesenheit Gen. Seger sprechen.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr. Sonntag, den 15. Oktober 1922, punkt 9 Uhr vormittags im großen Saal des Hotels „Rathaus“, Teplich-Schönau, Marktplatz, außerordentliche Verbandskonferenz. Tagesordnung:

1. Die Wirtschaftskrise und die Lage der Angestellten.
 2. Die Aufgaben unserer Organisation im jetzigen Augenblicke.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Die Konferenz wird punkt 9 Uhr vormittags eröffnet und spätestens um 4 Uhr nachmittags beendet. Für die Teilnahme an der Konferenz wird der normale Diätensatz vergütet.

Mitteilungen aus dem Publikum.

WASTANEK-TEE-PRAG

12 Fotografien um 12 Kč — Foto-Studio, PRAG II., Václavské nám. 15. 1133

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Sitka. Für den Druck verantwortlich: O. Sitka.



Praktische Hausfrauen
verwenden nur
VITELLO
Delikates-Margarine
weil
VITELLO
Delikates-Margarine
jeder feinsten dänischen Butter gleicht,
denn
VITELLO
hat denselben Geschmack, dasselbe Aroma und die gleiche Ausgiebigkeit. — Und dabel ist
VITELLO
Delikates-Margarine
noch
50% billiger.

1082

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien.

Direktion für die tschechoslowakische Republik

empfohlene zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Viehversicherungen zu kulantem Preis. Vollgezahltes Aktienkapital 6 Millionen. Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047
Bureau REICHENBERG, Dohnhoferstraße Nr. 19.